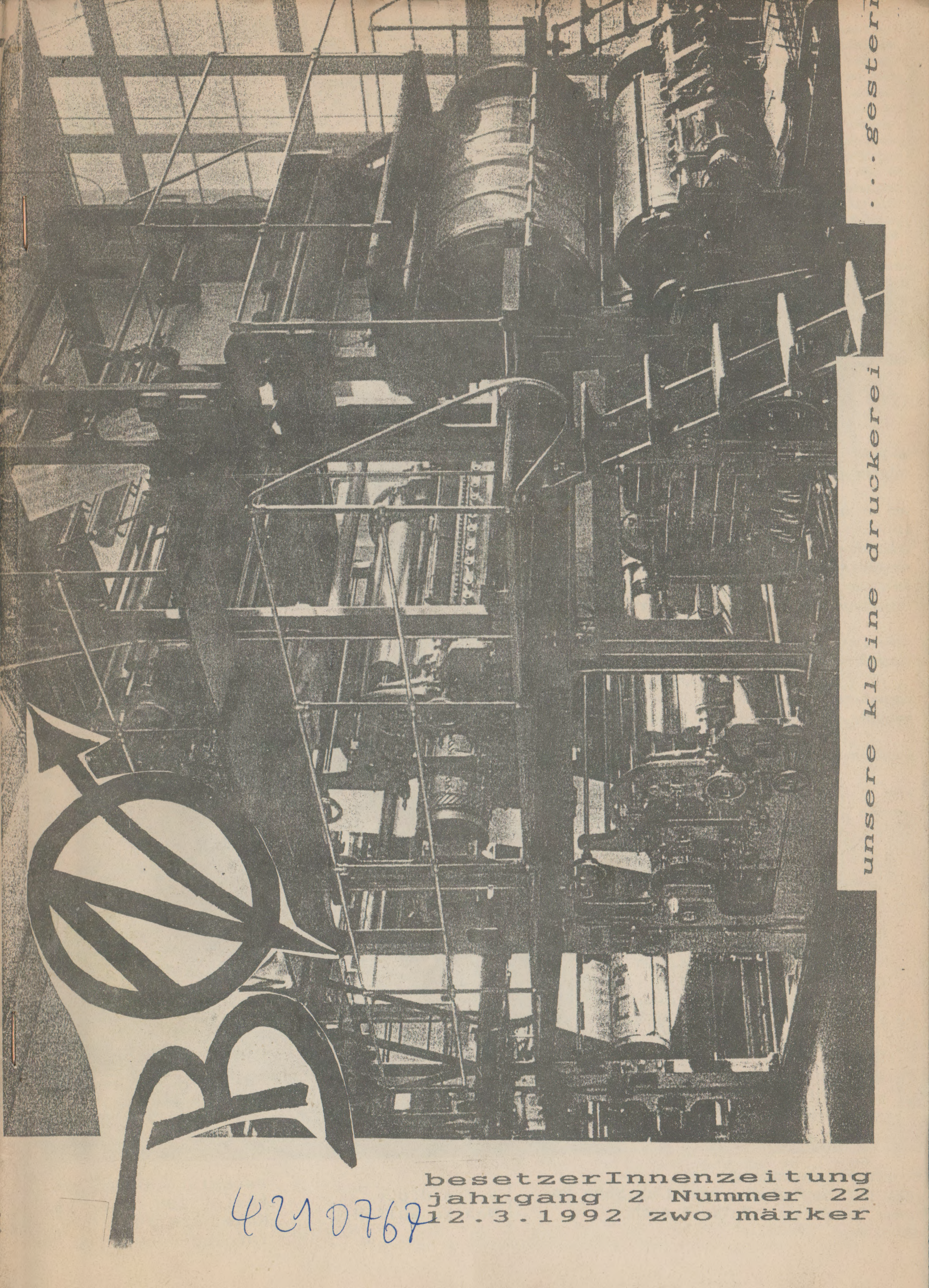
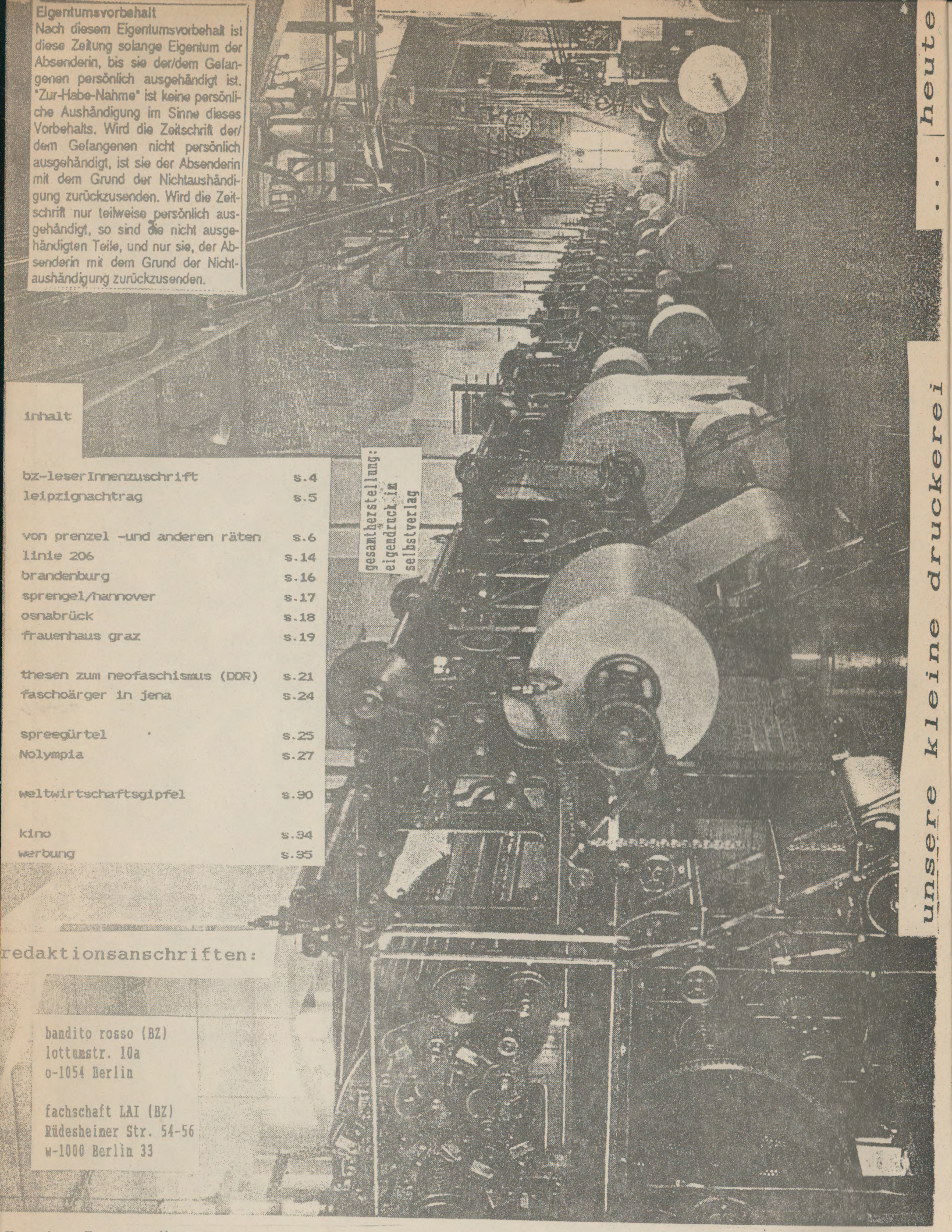

unsere kleine druckerei ...gestern
besetzerInnenzeitung
jahrgang 2 Nummer 22
12.3.1992 zwo märker
4210767



inhalt

redaktionsanschriften:

bandito rosso (BZ)
lottumstr. 10a
o-1054 Berlin

fachschaft LAI (BZ)
Rüdesheimer Str. 54-56
w-1000 Berlin 33

BesetzerInnenzeitung
-Zeitung der Rebellen vom Lian Shan Po
(paar Besetzers solln auch noch
dabei sein ...)-

v.i.s.d.p.:
Monika Wulf-M.

rscheint 14-tägig,
kostet 2DM, Abos in
Knast und für
Infoläden umsonst.

Vorwörtle

Das Vorwort zur letzten Nummer hat einigen Wirbel verursacht. Wir müssen also erst durch zugegben unbedachte Äußerungen in die Scheiße tappen, damit die BZ Resonanz findet. Auch keine schöne Erfahrung. Die eingegangene Kritik dukumentieren wir am Anfang dieser Ausgabe. Zwei Bemerkungen dazu können wir uns aber doch nicht verkneifen.
Erstens spiegeln etliche der Vorwürfe genau das wieder, was innehalb der Redaktion an Diskussionen zu genau diesen Artikel gelaufen ist ("Hauptstadt-Brille" im Blickwinkel und im Tonfall). Trotzdem dachten und denken wir, daß auch solche Haltungen und Herangehensweisen in der BZ stehen müssen, denn sie dokumentieren nur, was ist.
Zweitens muß nach unserer Aufassung erlaubt bleiben, den Mist, den Leute aus unseren eigenen Zusammenhängen gebaut haben, auch so zu nennen. Wenn nicht in eine wirkliche Auseinandersetzung über Fehlentwicklungen und Rückschritte eingetreten wird, kommen wir niemals vom Fleck. Und dann müßte es eigentlich auch egal sein, wer da von wo aus was sagt. Bei den gegenseitigen Informationen, die die einzelnen "Szenen" momentan voneinander haben, sind Ungerechtigkeiten - leider- kaum zu vermeiden. Sich hier aber wechselseitig das Maul zu verbieten, hieße nur, der notwendigen Diskussion auf Dauer aus dem Wege zu gehen. Eine Redaktion, in der -leider- nur BerlinerInnen arbeiten, kann sich auch nicht so mir nichts, dir nichts von vorgefassten Meinungen befreien. Auch wir können daß, was wir hören und sehen, nur auf dem Hintergrund unserer eigenen Erfahrungen abbilden. Seis drum. Die Notwendigkeit, miteinander in ein wirkliches Gespräch zu kommen, bleibt, auch wenn es am Anfang schmerzhaft ist.
An Kurzinfos wäre folgendes zu vermelden: im SPRENGEL in Hannover hat es die Brandanschläge fünf und sechs gegeben. Mehr dazu in nächsten Heft. Aktuell ist die Bitte der Sprengel-Leute, sie bei der Suche nach einem Vergewaltiger zu unterstützen (Info im Heft). Die Prozesse gegen March und Einsteinufer sind verschoben. Wie von TeilnehmerInnen zu erfahren war, hat es trotzdem am Montag eine "kurze und kraftvolle" Demonstartion zum Rathaus Charlottenburg gegeben.
Die Heidenfeldstraße im Friedrichshain kommt nicht zur Ruhe. Nachdem die Nummer 16 in der Tat vor vierzehn Tagen geräumt wurde (die Info ist am Ende des Textes von den Heide-Leuten in der letzten Ausgabe fast untergegangen), ist Anfang dieser Woche der Neubesetzungsversuch im Nachbarhaus von den Bullen verhindert worden. Sobald Näheres über die genauen Verhältnisse von den Leuten aus der Heide zu erfahren ist, teilen wirs mit.
Entschuldigen müssen wir uns bei den FriedelhainerInnen, daß wir in der letzten Nummer den Artikel über die Kinzig 9 völlig unkomentiert, vor allem aber ohne Nennung der Quelle abgedruckt haben. Beides sind echte Versäumnisse, zur Entschuludigung können wir nur anführen, daß wir glaubten, die Sprache des Artikels spräche für sich.
Zum Schluß möchten wir noch ganz lieb Jürgen im Knast Rheinbach grüßen. Dein Brief ist angekommen - und du hörst ganz sicher was von uns.

So long.

Es lebe die Arroganz !!!

Zum Vorwort und zum Leipzig-Beitrag in der letzten BZ

Mir fast die Galle hochgekommen, als ich in der letzten BZ das Vorwort und den "Artikel" zu Leipzig gelesen habe. Ich finde es unmöglich, daß in einer Zeitung, die ein Sprachrohr für möglichst viele Leute sein soll, mit einer derartigen Arroganz über genau diese Leute berichtet wird.

Zum Vorwort:

Was ist das für eine Metropolen-Borniertheit, wenn ihr schreibt, ihr *habt euch auf die Socken ins Umland gemacht* und meint damit Leipzig und Halle. Erklärt ihr diese beiden Städte hiermit zu Vororten von Berlin?

Ihr beschwert euch, daß ihr keine genauen Infos über die Sprengel-Brände *nach der Methode "Dunkerstraße"* habt. Wundert mich gar nicht, bei dem Ton, der hier oft genug angeschlagen wird bei allem, was nicht aus der "Hauptstadt" kommt, oder nicht so ganz in euer Weltbild von den *"richtigen" Besetzas* paßt.

Anders kann ich zumindest die Frage *wieviel Miete* die Leute aus der Auguststr. 18 *bisher freiwillig an die WBM zahlten* nicht verstehen. Was soll das? In Zeiten, in denen es auch in Ostberlin nicht möglich ist ein Haus offensiv zu besetzen und auch zu halten finde ich solche Ansätze wie in der August 18 ziemlich interessant, diskutierungswürdig und, wenns klappt, auch nachahmenswert. Es stellt sich mir die Frage, obs bei Besetzungen darum geht eine möglichst straighte Linie zu fahren oder ob es nicht auch schon n ziemlicher Erfolg ist den Schweinen kollektiven Freiraum entrissen zu haben. Ich jedenfalls wünsche den Leute aus der August, daß sie mit ihrer Methode Erfolg haben und hoffe, daß das möglichst viele NachahmerInnen findet.

Eure Frage zum Schluß empfinde ich als den reinen Hohn!

Ja, es klingt schlimm!!! Und daß es schon spät ist, das ist auch keine Entschuldigung.

Zum Leipzig-Artikel:

Zum Inhalt eures *wahrhaft objektiven Berichts über Leipzig* kann und mag ich wenig sagen. Soweit mir die Gespräche noch in Erinnerung sind, entspricht der INHALT wohl schon dem, was dort zu erfahren war.

Es ist klar, daß in Leipzig wohl einiges im Argen liegt, aber das ist noch lange kein Grund diesen überheblichen, bornierten Tonfall anzuschlagen. Und wenn ich mir überlege, wie es hier in Berlin in den Häusern so ausschaut, dann ist dieser Ton einfach eine Frechheit. Ist es nur im *"Umland"* so schlimm, wenn ziemlich viel Scheiße läuft? Ist das, was bei uns schon die Normalität ist und wo sich kein Mensch mehr drüber aufregt in anderen Städten ein Skandal?

Oh, Scheiße!!!

Ich mag nicht mehr weiterschreiben und ich mag jetzt aus dem Leipzig-"Artikel" nicht auch noch zitieren. Ich denke es ist klar geworden, worum es mir geht und ich hoffe, daß ich sowas in der BZ nie mehr lesen muß!

Ach ja, warum kommt eigentlich so ein unsäglicher Artikel, wie der über die K9 in die BZ rein und noch dazu unkommentiert?! Die bürgerliche Presse hat sowieso schon zuviel Einfluß, wir müssen sie dabei nicht auch noch unterstützen.

Zum Schluß noch was Nettes:

Abgesehen vom Druck der ersten Seite (aber der läßt ja eigentlich immer zu wünschen übrig) haben mir die restlichen 32 (von 36) Seiten ganz gut gefallen.

Zu "Ein wahrhaft objektiver Bericht über Leipzig" in der letzten BZ

Liebe BZ-Redaktion,
Wir waren sehr gespannt auf Euren Bericht aus Leipzig in der letzten BZ - sind wir doch zusammen hingefahren und haben zusammen über das, was sich in der dortigen Szene bewegt recherchiert. Euer Artikel hat bei uns Diskussionen ausgelöst, die wir Euch hiermit auch öffentlich 'rüberschieben wollen. Wir finden die Artikel über die verschiedenen "Szenen" in anderen Städten im Osten mit die interessantesten in der BZ und finden es daher wichtig, unsere Kritik daran zu formulieren und öffentlich zu machen.

Euer Artikel ist zu sehr durch die Brille von Berliner HausbesetzerInnen geschrieben. Ihr zieht Euch an Konflikten hoch, die für uns, die wir hier in Häusern leben, grundlegend sind, die aber kein Maßstab für die Bewertung der linken Szene in Leipzig sein können. In den Mittelpunkt des Artikels stellt Ihr die unselige Geschichte der Connewitzer Alternative, die es geschafft hat mit ihrer Vereinsmeierei samt dazugehöriger Arschkriecherei und Korruption die BesetzerInnenszene von 89/90 gründlich plattzumachen. Aber anders als in Berlin, wo zumindest in Westberlin die politische Dimension der Hausbesetzungen eine lange Geschichte hat und Besetzungen auch immer politische Kristallisationspunkte sind, formiert sich in Leipzig die autonome Szene eben an anderen Knackpunkten.
"Schwarzwohnen" gehört hier immer noch zur Normalität. In einer Stadt, die in den letzten Jahren an die 20% ihrer BewohnerInnenschaft in den Westen oder nach Berlin hin hat abwandern sehen, die auf der einen Seite mit die höchsten Gewerbemieten in Europa produziert, auf der anderen aber ganze Straßenzüge leerstehen und verfallen lässt, stehen andere Konflikte im Mittelpunkt.
Dazu kommt die Bedrohung durch Faschoangriffe, die in Connewitz eine ganz andere Qualität hat als in (Zentral-)Berlin. Es ist zwar so, daß Connewitz eindeutig von Antifas dominiert wird - selten haben wir so viele Antifaaufnäher,-T-Shirts etc. herumlaufen sehen wie dort, aber auch selten solche Geschichten gehört wie von den organisierten Überfällen auf linke Läden und Zusammenhänge. Wir hatten dennoch nicht das Gefühl, daß sich die Szene von den Faschos einschüchtern lässt - das gut vorbereitete "Antifaschistische Wochenende" zum "Anti-Drogen"-Aufmarsch der Nazis am 21. März zeigt das. Daß das Herz dieser Antifa nicht in den Häusern der Connewitzer Alternative e.V. schlägt, ist dabei nicht verwunderlich (es gibt allerdings auch andere Häuser) und könnte eigentlich schnell abgehakt werden.
Im Zusammenhang mit der Mobilisierung zum 21. März wäre es vielleicht geschickter gewesen, etwas mehr zur Antifa und weniger zum Häuserkrampf zu schreiben. Vielleicht über die antifaschistische SchülerInnenarbeit vom "Harten Kern der Sesamstraße", der es mit einer Flugi-Aktion geschafft hat, eine ganze Schule aufzurühren (der Direktor ließ die Flugis beschlagnahmen, die SchülerInnen funktionierten dafür den Unterricht in Diskussion um...)?

Eure Reisebegleitung

Das wars dann

oder

Über das unbemerkte Ende des PrenzelBerg-Rates

Der BesetzerInnenrat Prenzlauer Berg hat sich politisch erledigt. Sein Ende aber ist auf eine Art und Weise eingetreten, die selbst jene, die sich nach wie vor Woche für Woche unter dem Etikett "PrenzelBerg-Rat" treffen, nicht bemerkt haben. Es gibt ihn also noch - und trotzdem existiert er nicht mehr.
Diese Entwicklung war abzusehen. Schon vor viereinhalb Monaten wurde in der "BZ" (Nr.13) das "Ende der Fahnenstange" beschworen. Konsequenzen sind aus Warnungen, Kritiken und Totsagungen aber nicht gezogen worden. Das diese Entwicklung nun ausgerechnet den BesetzerInnenrat in Ostberlin trifft, der sich als erster im Januar 1990 konstituiert hatte und der nach dem Scheitern des Gesamtberliner B-Rates als einziger kontinuierlich weiterarbeite, macht besonders traurig. Zu befürchten ist aber, daß hier eine Entwicklung vorweggenommen wird, die früher oder später alle Räte dieser Art treffen wird - oder, in vergangenen Bewegungsphasen, bereits getroffen hat. Eine grundsätzliche Kritik dieses "Räte-Modells" am Beispiel der BesetzerInnen-Räte ist daher nötig.

Die Macht des Augenblicks

Räte enstehen immer spontan, wenn innerhalb sozialer Auseinandersetzungen größre Gruppen von Menschen ihren Widerstand gegen herrschende Verhältnisse organisieren müssen. Sie dienen zunächst dazu, diesen Widerstand zu strukturieren, unterschiedliche Ansätze und Herangehensweisen zu besprechen, Verständigung herbeizuführen und schließlich all die verschiedenen Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen. Zersplitterung der Kräfte in der Auseinandersetzung soll verhindert werden. Das Bewußtsein, daß vielmehr nur ein Zusammenhalt untereinander die nötige starke Position gegenüber der "anderen Seite" verschafft, ist in dieser Phase das verbindende Element. Aus einer solchen Entstehung heraus erklärt sich, daß diese Räte zunächst rein informelle Gremien sind, ohne Entscheidungsbefugnis, ohne Weisungsrecht gegenüber den in ihnen arbeitenden Gruppen.

Genauso verhielt es sich in den Anfängen auch mit dem im Prenzlauer Berg entstandenen BesetzerInnenrat. Auch hier stieß man sehr schnell an die Grenzen dieser Organisationsform. Aktions- und Verhaltensvorschläge mußten immer erst in die Häuser zurückgetragen werden, um dann dort diskutiert und gegebenenfalls beschlossen zu werden. Um zu einer von allen getragenen Entscheidung zu kommen, waren immer mehrere Diskussionsgänge im Rat notwendig, was kurzfristiges Handeln sehr erschwerte. Gleichzeitig wurde jedoch durch eine solche Verfahrensweise verhindert, daß sich der Rat verselbständigte oder aber Zentralrats-Allüren annahm. Grundvoraussetzung für politisches Handeln blieb so der politische Konsens aller Beteiligten.
Die Auseinandersetzungen, als deren Instrument derartige Räte

entstehen, verändern sich jedoch fortwährend. Aus zunächst diffusen Gegensätzen entwickeln sich in relativ kurzer Zeit feste gegensätzliche Fronten. Die Bewegung, die die Räte hervorbrachte, verbreitert sich. Immer mehr Gruppen stoßen hinzu und bringen ihre im einzelnen recht unterschiedlichen Ansprüche und Haltungen ein. Mit der Breite einer sozialen Bewegung nimmt aber auch ihre Brisanz für die etablierten Verhältnisse zu. Sie ist nicht mehr nur als Randerscheinung abzutun, sie droht allein durch ihre Präsenz destabilisierend zu wirken. In dem die öffentliche Resonanz steigt, die die Bewegung hervorruft, muß die "andere Seite" ihre Gegenmaßnahmen verstärken - sei es zum Schutz, sei es, was innerhalb der gesellschaftlichen Wirklichkeit entwickelter kapitalistischer Systeme und ihrer Machtverhältnisse viel wahrscheinlicher ist, um "das Gesicht zu bewahren". So werden die Räte zu echten Kampfmitteln der Widerständler in sich wechselseitig aufschaukelnden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Immer hinderlicher wird ihnen dabei aber, was wenige Monate vorher noch als Vorteil gegolten hat: sie sind von ihrer inneren Struktur her zu schwerfällig, um wirklich schnell auf Attaken des politischen Gegners reagieren zu können. Bloße Koordinierung tritt in den Hintergrund, die Räte werden mehr und mehr zu Initiatoren von Widerstandshandlungen.

Aus den Anfängen des Häuserrates im Prenzlauer Berg war in jener Phase der Entwicklung ein Gesamtberliner BesetzerInnenrat entstanden. Dem vorausgegangen waren viele Besetzungen in anderen Ostberliner Stadtbezirken, vor allem in Friedrichshain. Konsequenter Weise vertrat nun ein BesetzerInnengremium Gesamtforderungen gegenüber mindestens drei städtischen Verwaltungen, was der Bewegung einen zusätzlichen taktischen Vorsprung verschaffte. Daraus entstehen dann Gesamtverhandlungen, koordinierte Aktionen gegen kommunale Wohnungsverwaltungen und Bezirksämter, um den aus der Bewegung kommenden Druck maximal und effektiv umzusetzen.

Gleichzeitig veränderte sich jedoch das interne Selbstverständnis des B-Rates. Mehr und mehr tauchten innerhalb des B-Rates Forderungen nach festen Strukturen (feste Arbeitsgruppen, Deligiertenprinzip, "Veramtung" von SprecherInnen und SchriftführerInnen) auf und schließlich wollte der BesetzerInnenrat sich als entscheidungsbefugtes, übergeordnetes Ratsgremium verstanden wissen. Damit sollte der unverändert bestehneden Entscheidungsschwerfälligkeit des Rates begegnet zu werden. Doch dieser, an sich vernünftige Ansatz wurde schnell zum Zerrbild, als nämlich für neue besetzte Häuser Bedingungen für eine Mitarbeit im Rat aufgestellt wurden. Immer mehr Gruppen warfen dem Rat vor, er instrumentalisiere und bürokratisiere sich. Schließlich zogen sie sich aus dem Rat zurück.

Damit hatte der Rat alle Vorteile, die er für die Bewegung besessen hatte, aufgegeben. Als Instrument war er bedeutungslos geworden, einzig ein zusätzliches Konfliktfeld (der "Ost-West-Konflikt) war innerhalb der Bewegung entstanden. Und das, während zur selben Zeit die damals zuständigen Bezirksverwaltungen und der MagiSenat ihre Positionen festigten und gegenüber den BesetzerInnen ausbauten. (näheres zu den Querelen innerhalb des Gesamtberliner B-Rates siehe BZ Nr. 8 + 9, 2.Jhg.)

Die Mühen der Ebene

In der Folge entstanden wieder auf einzelne Bezirke beschränkte BesetzerInnenräte (Friedel-Rat, Mitte-Rat, PrenzelBerg-Rat), die versuchten, dem ursprünglichen Prinzip folgend, die Gruppen in den jeweiligen Stadtbezirken zu organisieren und wenigstens auf dieser, beschränkten Ebene den Informationsaustausch unter den Gruppen ihres "Bereiches" nicht abreißen zu lassen. Dieser objektive Rückschritt wurde von vielen Leuten innerhalb der Bewegung auch so empfunden. Die durch die Staatsmacht aufgezwungene Dynamik der Ereignisse ließ der Bewegung aber nicht genügend Zeit zu vernünftiger Reflexion. Mit der nach der Räumung der Mainzer Straße einsetzenden Stagnation versandete auch die Arbeit der Räte vollends.

In gewissen Sinne eine Ausnahme bildete der PrenzelBerg-Rat. Die Ablehnung von vielen Häusern aus dem Prenzlauer Berg, die gegenüber dem Gesamtberliner Rat formuliert worden war, hatte nämlich auch einen politisch-taktischen Hintergrund. Entgegen der Mehrheitsaufassung favorisierten die Häuser im Prenzlauer Berg das aus den Tagen des DDR-Aufbruchs stammende Modell eines Runden Tisches zur diskursiven Lösung der anstehenden Probleme. Der Rat im Prenzlauer Berg faßte den Beschluß, einen solchen Tisch auch gegen die Haltung aller anderen BesetzerInnen zu instalieren, um damit eine neue Etappe der politischen Auseinandersetzung zu eröffnen.

12.2.92

Nach der militärischen Niederlage der Bewegung in der Mainzer Straße fühlten sie sich in ihrem Enschluß um so mehr bestätigt. In einer Selbstbestimmung, die zu den Wurzeln der BesetzerInnen-Räte zurückkehrte (informeller Zusammenhang), wurde gleichzeitig ein neues politisches Konzept entwickelt, mit dessen Umsetzung der Rat im Konsens betraut wurde. Dabei stützte sich der Rat anfangs nur auf eine Minderheit der besetzten häuser im Prenzlauer Berg - die anderen hatten - entnervt von den Auseinandersetzungen im Gesamtberliner B-Rat - längst die "Einheits-Linie" verlassen und in Einzelverhandlungen versucht, ihre Häuser zu sichern. Indem diese wenigen Häuser aber das Prinzip des politischen Konsens nicht verließen und gleichzeitig eine neue Ebene der politischen Auseinandersetzung diktierten, blieben sie Subjekte der Auseinandersetzung, während sich andere Gruppe in die Defensive, in eine Verteidigungshaltung (permanenter Räumungsdruck während der Monate November und Dezember 90 und Räumungen Dez.90 und Jan. 91 in Friedrichshain) drängen ließen und so zum Objekt der Ereignisse wurden.

Damit war zumindest im Prenzlauer Berg die erste entscheidende Hürde genommen worden. Die einmal geschaffenen Instrumente der Auseinandersetzung (hier: der B-Rat) hatten sich neuen Gegebenheiten anpassen können, und dabei doch die Funktion erhalten, selbst zu bestimmen, wann was wie geschieht, d.h., selbst Motor zu bleiben und dadurch in der Hand zu behalten, die Geschwindigkeit der Ereignisse - und aufs erste auch ihre Richtung - zu bestimmen. Die notwendige Anpassung an die Dynamik der Auseinandersetzung wurde vollzogen, ohne zwischendurch eingetretene Ergebnisse und Tatsachen außer Acht zu lassen. Und dies bei gleichzeitiger Beibehaltung der ursprünglichen Vorstellungen von der politischen Selbstorganisation (hier: das Konsensprinzip). Zur Kenntnis genommen werden konnte so auch die Tatsache, daß das "eigene Lager" längst nicht so einheitlich war, wie man es im aktuellen Widerstand gerne gehabt oder gebraucht hätte. So gelang es, Gruppen, deren primär sozialer Widerstand nicht politisiert worden war, eben politisch wieder einzubinden. Das war nichts anderes, als die eigenen Kräfte "nach der Schlacht" wieder zu konsolidieren.

Widerspruch gegen die Verfahrensweise der PrenzelBergerInnen blieb nicht aus. Hauptvorwurf: man mache gemeinsame Sache mit dem "Schweinesystem". Und dennoch lag soviel Kraft in dem Vorstoß, daß sich selbst die Widersacher aus den eigenen Reihen neu organisieren konnten (B- + Tat-Rat), um ihr gegensätzliches Konzept zu formulieren. Jedoch standen sich die inneren Lager unversöhnlich gegenüber, so daß es der gesamten Bewegung nicht gelang, sich selbst inne zu werden.

In den Monaten der ersten Verhandlungen am "Runden Tisch Instandbesetzung" im Prenzlauer Berg übernahm der Rat hauptsächlich koordinative Funktionen.

Die Verhandlungslinie für die jeweils nächste Runde am Tisch wurde festgelegt, die SprecherInnen jeweils für einen Verhandlungsgang autorisiert, für alle zu sprechen. Gleichzeitig versicherten sich die BesetzerInnen im Rat permanent ihrer eigenen Stärke, was konkret bedeutete: der Zahl der durch den Rat am Runden Tisch vertretenen Häuser. Diese Vertretung beschleunigte gleichzeitig die Einigung im Inneren der jetzt lokal beschränkten Akteure.

Dem PrenzelBerg-Rat gelang es auf diese Art und Weise, zumindest, gegnüber der Vewaltung einen unbeschränkten Vertretungsanspruch geltend zu machen. Alle Äußerungen von BesetzerInnen waren koordinirete Aussagen, man sprach hier mit einer Stimme, wurde schnell politisch handlungsfähig - und dies auch über den Bezirk hinaus. Eine neue Hochzeit des Rätemodels auf der politisch handelnden Seite war angebrochen.

Und doch liegen gerade in dieser Hochstimmung die Wurzeln des späteren Scheiterns des gesamten Rätemodells begründet. Daß es sich im Inneren um eine höchst heterogene "Bewegung" handelte, wurde von Anfang an erfolgreich verdrängt.

Die Abkoppelung von Entwicklungen in anderen Bezirken (durch die äußeren Umstände begünstigt) war schließlich nahezu vollständig. Entscheidender aber war der Trugschluß, man könne ein einmal erreichte Ebene der politischen Auseinandersetzung konservieren - und dies sowohl gegen die Veränderungen im eigenen Lager als auch nach außen hin. Die erste Entwicklungsetappe des Streites ist erfolgreich gestalltet worden, die zweite wird nicht mehr wahrgenommen. Verwaltungen, die dazu neigen, bestehende oder entstehende Machtverhältnisse zu konservieren, bestimmen zunehmend die Handlungen des Rates. Die politische Offensive wird pö a pö aus der Hand gegeben.

Metamotphose oder Mutation

Der Rat im Prenzlauer Berg erreicht Erfolge: Verträge werden parafiert, die als Modell für alle anderen zukünftigen Verhandlungen gedacht sind. Auf diese Art und Weise werden alle besetzten Häuser im Stadtbezirk "gesichert". Das positive Beispiel bringt schließlich auch ähnlich zusammengesetzte Verhandlungsgruppen (vulgo: Runde Tische) in den anderen Bezirken in Schwung; ähnliche bezirksweise Verhandlungslösungen kommen schließlich überall zustande.

Doch der PrenzelBerg-Rat macht auch, während anderswo die Räte wieder im Aufwind sind, eine andere Erfahrung. Kaum sind die Ergebnisse am Runden Tisch ausgehandelt, sinkt die Teilnahme von Gruppen an den wöchentliuchen Treffen. Anfang 1991 stellt der Rat zeitweise seine Tätigkeit ganz ein: mangels Masse. Die BesetzerInnen, die zunächst glaubten, wenn sie nur die Verhandlungen zu einem akzeptablen Ergebniss brächten, wäre wieder Zeit und Raum da, um sich ihren "eigentlichen" politischen Aufgaben zuwenden zu können, müssen feststellen, daß der "Nebenschauplatz Runder Tisch" unter der Hand zu ihrer einzigen Aktivität im Stadtbezirk geworden ist. Der politische Anspruch ist bereits zu jener Zeit zugunsten eines rein sozialen aufgegeben wordcen. Dieser Wandel wurde nicht wahr genommen. Zwar gab es Ansätze, nach dem Verhandlungserfolg die eigene Arbeit anders (besser) zu organisieren, aber sie wurden nicht weiter verfolgt. Hierbei stand der Gedanke

im Mittelpunkt, innerhalb des Rates Arbeitsgruppen zu bilden, die sich ganz speziellen Aufgaben widmen sollten. Im Auftrage des Rates und mit imperativem Mandat sollten Fragen der Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitativen im Bezirk, der weitere Umgang mit der Wohnungsbaugesellschaft und dem Bezirksamt, aber auch der inzwischen arg gestörte Austausch mit den BesetzerInnen anderer Stadtbezirke gelöst werden.

Der kurze Moment, in dem der Rat als politisches Instrument auf die veränderte Situation innerhalb der eigenen Bewegung politisch hätte reagieren können, wurde verpasst. Anstatt die soziale Vielschichtigkeit der Bewegung, die nun unversehens aufbrach, in politische Kraft zu transformieren, mutierte der PerenzelBerg-Rat in eine Art kollektiven Sozialarbeiter, der für Probleme nur Lösungsmöglichkeiten innerhalb des bestehenden politischen Rahmens finden konnte.

Dabei wurde unerheblich, daß er in besseren Zeiten an eben diesem Rahmen selbst mitgebaut hatte. Im Gegenteil wurde dies gerade zu einer der stärksten Fußangeln, in der sich der Rat verfing: die "andere Seite" (hier: das Bezirksmant und die Wohnungsbaugesellschaft) nahm ihn gnadenlos in die Pflicht dieser Mitverantwortung.

Anders als früher, als noch dem Gesamtberliner B-Rat vorgeworfen wurde, er instrumentalisiere sich selbst, wurde der PrenzelBerg-Rat nun als Ganzes von außen instrumentalisiert."Außen" heiß dabei sowohl durch die Sozialstrategen in Bezirk und Senat, als auch durch die Ansprüche der "eigenen Leute". Die Verwandlung in ein wirkliches Selbstverwaltungsgremium für BesetzerInnen, das die politische Dimension der aktuellen sozialen Widersprüche ergründet und auf der Grundlage dieser Analyse nach außen politisch agiert, fand trotz günstigster Umstände nicht statt.

Der Rat fand, einzig auf Grund äußerer Problemstellungen wieder in seinen alten Arbeitsrhythmus zurück, mehr Häuser als je zuvor ließen sich plötzlich in einer zweiten Verhandlungsrunde am Runden Tisch im Prenzlauer Berg durch den Rat vertreten. Während in anderen Bezirken Räte wieder auseinanderbrachen (wie in Mitte) oder aber in ausweglosen Situationen versuchten, wenigstens so etaws wie Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln (wie in Friedrichshain), sonnte sich der PrenzelBerg-Rat in seinem vorgeblichen Erfolg.

Die Wohnungsbaugesellschaft versuchte, die Legitimation des Rates - für alle zu sprechen - zu kippen, und die AktivistInnen im Berg saßen dem Trugschluß auf, wenn jemand so etwas versuche, müsse man ja wichtig sein. In zähen Verhandlungen mit viel Säbelrasseln beider Seiten wurde schließlich der status quo ante wiederhergestellt - eine kritische Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen der Entwicklung gab es aber nicht. Alle Beteiligten machten weiter, wie wenn nichts geschehen wäre.

Offenbar wurde das ganze Trauerspiel bei der letzten wirklich politischen Handlung des PrenzelBerg-Rates. Trotz aller Selbsttäuschung und -überhebung war der Rat in der Lage, kollektiv zu erkennen, daß der politische Raum, der durch die Verhandlungen am Runden Tisch eröffnet wurde, inzwischen ausgeschritten worden war.

Im Oktober beschloß daher der Rat folgerichtig, den offizellen Antrag auf Auflösung dieser Ebene zu stellen (siehe BZ Nr.13). Die Umsetzung dieses Beschlusses allerdings geriet zur Karrikatur.

Anstatt ein deutliches Signal in alle Richtungen zu senden, ergab man sich den Beschwichtigungen und Vertröstungen auf ein besseres Morgen, die die anderen Beteiligten am Runden Tisch (Bezirksamt, Wohnungsbaugesellschaft und alle politischen Parteien) verbreiteten. Nur so ist die absurde Situation zu erklären, daß es diesen Runden Tisch nicht mehr gibt, obwohl er offiziell nach wie vor besteht. Die Selbstauflösung ist nie beschlossen worden.

Ende und notwendiger Nachtrag

Als Knack-Punkt von Räten, die spontan innerhalb sozialer Bewegungen entstehen, erweißt sich also, daß sie den ursprünglichen Impetus, der sie hervorbrachte, weiterhin mitsich führen. So sind sie nicht nur nicht in der Lage, auf Veränderungen im Kräfteverhältnis und in der gegenerischen Strategie so flexibel wie möglich zu reagieren, sie vermögen sich auch nicht auf die veränderten Bedingungen im eigenen Lager einzustellen. Räte bleiben, so ist die vorläufige Erfahrung, gekoppelt an den Kampagnen-Charakter einer Bewegung.

Auswege aus dieser deprimierenden Situation werden auf viellerlei Arten versucht. Der momentan am meisten diskutierte ist, der "Bewegung" ein festes politisches Konzept überzustpülpen. Will aber nichts anderes sagen als: eine Partei zu gründen (siehe Papiere der Antifa [M] Göttiungen und der Gruppe F.E.L.S. aus Berlin). Die andere Möglichkeit (und so verfährt der PrenzelBerg-Rat) besteht darin, so weiter zu machen wie bisher und vor den Realitäten die Augen zu verschließen (darum gibts ihn noch). Als Grundfehler wären allerdings zwei Dinge auszumachen.

Im ersten Falle (der Parteigründung) wird vollständig vernachlässigt, daß die jeweilige "Bewegung" eine soziale Wurzel hatte. Im anderen Falle aber wird gerade dieser soziale Bezug zum bloßen Selbstzweck, schlimmer noch: zur bloßen Onanie. Das kann zwar sehr schön sein, das eigentliche Bezugsfeld aber gerät aus den Augen. Darum sind BesetzerInnen in Berlin momentan so wenig in der Lage, auf übergreifende soziale Umstrukturierungen zu reagieren. Und sie können genauso wenig ihren politischen und fachlichen Vorsprung in die anstenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einbringen. Zweckbündnise (etwa mit Kleingewerbetreibenden, die momentan durch unverschämte Gewerberaummieten aus den Kiezen verdrängt werden - siehe BZ Nr.21) kommen so kaum zu stande.

In der Verbreiterung aber, im Hinaustragen des politischen Impulses, der zu Hausbesetzungen führte, liegt die eigentliche gesellschaftsgestalltende Kraft der "Bewegung". Dafür müssen jedoch auch im Inneren, in den bestehenden Strukturen die Vorausetzungen geschaffen werden. Zu bezweifeln ist, daß die beiden oben angedeuteten Strategien daß leisten können. Wenn man sich daruf einigen kann, daß die Situation momentan verfahren ist, dürfte die Konsequenz daraus nur der Wille zu radikalen Änderungen sein, um politisch wieder handlungsfähig zu werden. Konsequent wäre beispielsweise, jetzt schnell die noch bestehenden Rudimente von BesetzerInnenräten aufzulösen.

An ihre Stelle müßten Stadtteilinitiativen treten, die versuchen, alle verschiedenen, momentan bestehenden Aktivitäten, die sich in fortschrittlicher Weise als Teil sozialer Widerstandskultur von unten verstehen, zu koordinieren oder (zu mindest) an einen Tisch zu bringen. Das würde allen helfen, aus dem eigenen Saft, in dem sie zum Teil schmoren (wie die BesetzerInnen), herauszukommen. Weil sie Basis-Bewegungen wären, müßten diese Initiativen notwendiger Weise wiederum wie Räte organisiert sein. Nur so ließe sich der positive Ansatz, der im Räte-Modell insgestammt steckt, auf einen neue, höhere politische Ebene heben, nach vorne weiterentwickeln.

Alles andere ist das schon von den HolländerInnen ("Bewegungslehre") beschriebene Phänomen einer Bewegung, nicht aufhören zu können.

lupo

Wohnungsbaugesellschaft Mitte mbH WBM

WBM · Dircksenstraße 38 · O–1020 Berlin

Fernsprecher: 28 74 0
Telefax: 2 81 74 16

Bankverbindungen:
Landesbank Berlin
Konto-Nr.: 630 019 100
Bankleitzahl: 100 500 00
Berliner Bank
Konto-Nr.: 438 068 800
Bankleitzahl: 120 205 00
Deutsche Bank
Konto-Nr.: 1 111 020
Bankleitzahl: 120 700 00
BfG
Konto-Nr.: 1 608 017 000
Bankleitzahl: 100 101 11

An die Mieter des Hauses
Linienstr. 206

Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom: Unsere Zeichen: A 48 Datum: 27.2.92 Bearbeiter: Gerstenberger Telefon: 2423284

Betreff: 08/4217-

Sehr geehrte Mieter,

auf Grund einer örtlichen Überprüfung wurde festgestellt, daß auf dem Gehweg Sperrmüll abgelegt wurde.
Wir fordern Sie auf dieses zu beräumen.

Termin: 15.3.92

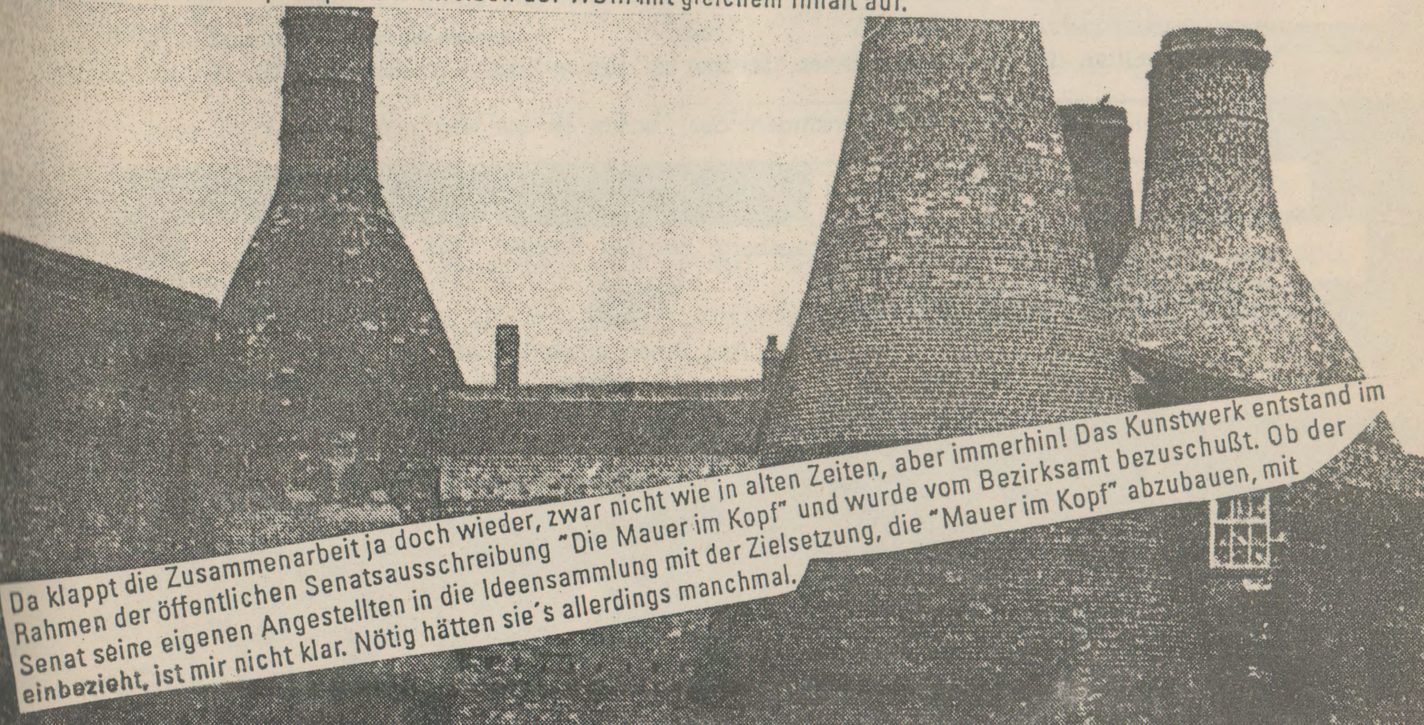
Ist die Beräumung bis dahin nicht erfolgt, werden wir eine Firma mit der ersatzlosen Beräumung beauftragen und den Mietern des Hauses die entstandenen Kosten in Rechnung stellen.
Des weiteren wurde festgestellt, daß an der Hauswand Ausgußbecken installiert wurden sowie ein Seil und ein Elektrokabel über die Kleine Rosenthalerstraße gespannt wurde. Für diese Veränderungen wurde und wird durch die WBM keine Genehmigung erteilt, da diese Gegenstände eine Unfallgefahr darstellen.
Wir fordern Sie auf diese Dinge bis zum **2.3.92** zu entfernen.
Sollten Sie unserer Aufforderung nicht nachkommen, werden wir uns weitere Schritte vorbehalten.

Mit freundlichem Gruß
Wohnungsbaugesellschaft-Mitte mbH

12.2.92

Zuschrift aus der Nachbarschaft
Der KOB stellt sich vor (Original-Briefkopf)

Kaum ist der Schutt der Berliner Mauer aus dem Weg geräumt, macht sich nun eine Mauer in den Köpfen der Menschen bemerkbar, die wohl der wesentlichste Grund ihrer Unzufriedenheit zu sein scheint. So mancher Bürokrat und Ordnungshüter sieht sich gerade jetzt, in dieser unserer Zeit der ach so vielen Freiheiten dazu genötigt, seine Machtposition denen zu demonstrieren, die er eigentlich vertreten sollte. Ein besonders skurriles Beispiel für den Übereifer bei der offensichtlich gut zusammenarbeitenden Seilschaft von Polizei (Polizeioberkomissar Oswald Gläser) und Wohnungsbaugesellschaft Mitte (Frau Gerstenberger) liefert uns diese Woche das Wohn- und Kulturprojekt Linienstr. 206.
Einen Vergleich mit früheren Zeiten verbitten wir uns hierbei natürlich ausdrücklich. Besagtes Haus wurde noch vor der Wiedervereinigung besetzt und mit dieser Besetzung wurde in mühevoller Kleinarbeit der Verfall des Hauses gestoppt. Tausende von DM wurden investiert, um dieses schützenswerte Haus zu retten und wertvollen Wohnraum zu erhalten. Mittlerweile weren die dortigen Mieter gezwungen, für die von ihnen selbst instandgesetzten Wohnungen eine Miete zu bezahlen, die dem dortigen Wohnstandard Hohn spricht.
Die enorme Eigeninitiative und Unkonventionalität, mit der die Bauarbeiten von der Hand gingen, waren schon längst so manchem Kleingeist ein Dorn im Auge. Gab es doch bei dieser Sanierung keinen Chef, keinen Auftrag, keinen Besitzer, keinen Befehl oder sonstige angepaßte Verhaltensmuster. Da mußte also irgendwas faul sein, irgendwo muß da doch eine Möglichkeit sein, die jungen Leute zu belehren. Daß die das gar nicht nötig haben, beweist die bisher geleistete Arbeit. Zwei-, manchmal dreimal die Woche finden kulturelle Veranstaltungen aller Art statt, und das ungewöhnliche Äußere des Hauses spricht auch für die Kreativität der Bewohner.
So mancher, der sich ein Ausleben seiner eigenen Phantasie nicht ermöglicht hat, steht dem kopfschüttelnd gegenüber. Um sich selbst Geltung zu verschaffen, wird also munter informiert, kritisiert und belehrt. Und bald offenbaren sich unserem Ordnungshüter die ersten Vergehen. Blumenkästen in Form alter Handwaschbecken behindern so den Fußgängerverkehr auf dem 2 m breiten Gehweg, den ohnehin kaum einer benutzt, weil er in einem erbärmlichen Zustand ist. Die Gefahr aber stellen die Blumenkästen dar, wo kämen wir da hin, wenn sich jeder einfach Blumen ans Haus hängen würde? Vier Mülltonnen, die an der einen Hausecke stehen, würde unser KOB gerne an die andere Hausecke haben, weil sie dort - bei annähernd gleicher Gehwegbreite - nicht so stören würden. Daß in unserer Straße tonnenweise Müll lagert, einschließlich diverser Autowracks, scheint kein Problem zu sein. Durch die permanente Uneinsichtigkeit verärgert, wird nun zu härteren Bandagen gegriffen. Im ganzen Viertel wird emsig renoviert, erweitert, ausgetauscht. Hierzu stand den Bewohnern früher ein Container zur Verfügung, der regelmäßig geleert wurde. Heute sammeln sich just an dieser und anderer Stelle Berge von Schutt und Unrat an. Daß den die Bewohner des ehemals besetzten Hauses zu beseitigen hätten, scheint für die WBM eine Selbstverständlichkeit. Ansonsten, heißt es da dreist von Frau Gerstenberger, wird den Mietern (welchen denn?) des Hauses Linienstr. 206 die Rechnung für die Beseitigung auf die Miete aufgeschlagen. Besonders absurd ist das, weil der Müll sich vor dem Nachbargrundstück des Gartenbauamtes befindet, aber Frau Gerstenberger scheint ihr Feindbild zu haben, oder hat sie unser hilfsbereiter KOB schlecht informiert?
Im Bewußtsein der Lächerlichkeit der erhobenen Vorwürfe sucht die Ordnungsmacht nun klarzustellen, wer hier das Stadtbild zu bestimmen hat: nicht etwa die Bewohner, nein, unser KOB hat alles im Griff. Jetzt ist der Stein des Anstoßes ein Wandbild mit einer Skulptur darin, das die Befreiung aus einem Netz darstellt. Ein Kunstwerk, das dazu inspirieren soll, sich aus bestehenden Verknüpfungen zu befreien, die Schlingen von Vorurteilen abzuwerfen und darum zu kämpfen, ein freier Mensch zu sein. Dieser positive Anreiz fruchtet bei unserem KOB natürlich schwerer, hat er sich ja für einen weniger freien Lebensweg entschieden. Einen Tag, nachdem er unter etlichen Drohungen die Entfernung des Bildes befohlen hatte, tauchte prompt ein Schreiben der WBM mit gleichem Inhalt auf.



Da klappt die Zusammenarbeit ja doch wieder, zwar nicht wie in alten Zeiten, aber immerhin! Das Kunstwerk entstand im Rahmen der öffentlichen Senatsausschreibung "Die Mauer im Kopf" und wurde vom Bezirksamt bezuschußt. Ob der Senat seine eigenen Angestellten in die Ideensammlung mit der Zielsetzung, die "Mauer im Kopf" abzubauen, mit einbezieht, ist mir nicht klar. Nötig hätten sie's allerdings manchmal.

Brandenburgweites Häusertreffen

Beim letzten Treffen am 6.3.92 in der Potsdamer Villa Betini, waren vor allem PotsdamerInnen (aus verschieden Häusern) gekommen. Die jeweils vier Leute aus Strausberg und Falkensee wirkten in der Turnhalle der Villa ein wenig verloren. Trotzdem lag der Schwerpunkt der Diskussion bei Strausberg und brandenburgweiten Zusammenarbeit.

Bevor es los ging, wurde erst einmal festlich gespeist. (Dies war eine tolle Idee!) In einer Unterschriftenaktion von AnwohnerInnen der Villa Eckertstein in Strausberg wurde die Räumung des Hauses gefordert, da sich die NachbarInnen in ihrer Lebens-qualität beeinträchtigt fühlen. Vermutlich wird diese konterrevolutionäre propagandis-tische Initiative des imperialistischen Ausbeuterstaates (haben wir toll gelernt, wa) von der Stadt Strausberg dankend angenommen werden, da ihnen besetzte Häuser genauso wenig in den Kram passen wie anderen staatlichen Stellen auch. Eine baldige Räumung ist also nicht ausgeschlossen (der Termin 30.3. ist durchgesickert).

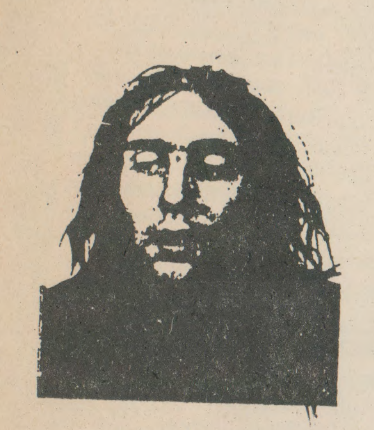
Von PotsdamerInnen wurde der Vorschlag gemacht, eine brandenburgweite Häuserdemo in Strausberg zu machen. Damit soll zum einen in Strausberg gezeigt werden, daß die Villa Eckertstein nicht alleine dasteht, zum anderen wäre das die erste gemeinsame Aktion. Über die Wichtigkeit gemeinsamer Aktionen waren sich alle einig. Trotzdem wollten die StrausbergerInnen darüber zu Hause noch einmal reden. (Das ist inzwischen geschehen, die Demo wird stattfinden, der Termin ist bis jetzt ncoh nicht klar, wird aber beim nächsten Treffen beredet.)

Und zwar am 13. März um 18 Uhr in Strausberg, Berliner Straße/ Ecke Kollwitzstraße.

P.S. Die FalkenseerInnen suchen Leute, die bei ihnen einziehen oder sie länger besuchen können.

12.2.92

ACHTUNG VERGEWALTIGER



WERNER HEINEN

SPITZNAME: BONN

27 JAHRE ALT, CA. 170 CM GROß

DUNKLE HAARE, IM MOMENT GLATZE,

STARKE GEHEIMRATSECKEN.

Er trägt meistens Chucks, helle Jeans, eine rot-weiße Baseball-Jacke und Kapuzenpullis. Die Kapuze hat er meistens auf. Er hat einen nach vorne gebeugten, schluffenden Gang und ein blasses Gesicht. Bonn ist ein unscheinbarer Typ und macht eher einen zurückhaltenden und schüchternen Eindruck.

Er hat in der Nacht vom 22.2. auf den 23.2.92 in Hannover, auf dem Sprengelgelände (besetzte Häuser und Gelände) eine 16jährige Frau vergewaltigt und ihr anschließend so lange mit einem Knüppel auf den Kopf geschlagen, bis sie sich nicht mehr bewegt hat. Er mußte davon ausgehen, daß sie tot ist. Das ist zum Glück nicht passiert.
Er ist am 23.2. abgehauen und wurde noch einmal in Hännover gesehen. Wenn er sich nicht mehr in der Stadt aufhält, wird er wahrscheinlich nach Hamburg, Dortmund (bzw. Ruhrgebiet) oder in die Niederländen abgehauen sein.
Auffällig ist außerdem, daß er auf Satanismus und Okkultismus abfährt, und Pentagramme in die Gegend kritzelt.

WENN ER GESEHEN WIRD, MELDET EUCH BITTE SOFORT BEI UNS !!!

SPRENGEL

WIR WOLLEN IHN AUF JEDEN FALL FINDEN !

(0511) 21 11 07
(0511) 45 73 29

Schaufelderstr. 29
3000 Hannover 1

DER INFOLADEN OSNABRÜCK MUß BLEIBEN!!

ANTIKRIEGSKAMPAGNE, KAMPF GEGEN NAZIS, VERHINDERUNG VON BRANDANSCHLÄGEN AUF FLÜCHTLINGSWOHNHEIME, UNTERSTÜTZUNG VON POLITISCHEN UND SOZIALEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN DEN LÄNDERN DER 3 KONTINENTE WIE KURDISTAN UND PALÄSTINA, DIREKTE ZUSAMMENARBEIT MIT FLÜCHTLINGEN IN OSNABRÜCK UM POLITIK MIT DEN MENSCHEN UND NICHT ÜBER DEREN KÖPFE HINWEG ZU MACHEN, RÄUME FÜR ZEHN GRUPPEN AUS DEN SOZIALEN BEWEGUNGEN WIE ANTI AKW, EG ARCHIV, KNASTGRUPPE, FRAUEN ANTIFA, HOCHSCHULGRUPPEN USW. USF., SPEKTAKULÄRE AKTIONEN WIE DIE BESETZUNG DES PODIUMS WÄHREND DER WAHLFEIER IN DER STADTHALLE, MOBILISIERUNG FÜR DIR ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN ABER AUCH TREFFPUNKT JUGENDLICHER, DIE KEINE LUST HABEN AUF VEREINZELUNG UND/ ODER PÄDAGOGISCHE ÜBERWACHUNG IN STAATLICHEN EINRICHTUNGEN

Alles Beispiele für die Arbeit des Osnabrücker Infoladens, der im Mai 1988 enstand und zum bundesweiten und internationalen Infoladennetz gehört. Gemeinsame Ziele der Infoläden, die seit 1985 auf über 100 europaweit angewachsen sind, sind zum einen die Veröffentlichung von Informationen über Aktivitäten und Ereignisse, die in der bürgerlichen Presse entweder gar nicht oder verfälscht dargestellt werden (wie z.b. die CNN Berichterstattung währen des Golfkrieges), und zum anderen die Unterstützung von systemkritischen Gruppen und Bewegungen durch die Bereitstellung von Räumen und durch eigene politische Initiativen der Infoläden, (z.b. Veranstaltungen zur Flüchtlingspolitik).

So war die Einrichtung eines Hungerstreikbüros, während des Hungerstreikes der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand, die erste große Bewährungsprobe des Infoladens. Heute wird der Infoladen genutzt von Menschen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen und Inhalten.

DAS ALLES UND NOCH VIEL MEHR SOLL JETZT WEG!

Als Hebel dienen die Angriffe von Faschisten und Hooligans auf den Infoladen/ Antifa Cafe. Sie werden zum Vorwand genommen, um den äußerlich mangelhaften optischen Eindruck zu mokieren...

Die Problematik, die hinter den Angriffen von Faschisten steht, ist aber keine kosmetische, sondern eine politische: Mehrfach wurden AntifaschistInnen von Nazis vor der Alten Münze 12 angegriffen, Räume wurden aufgebrochen und beschädigt, es wurde sogar Feuer gelegt.

Nicht nur in Osnabrück, sondern in der gesamten BRD wurden und werden Flüchtlinge und deren Unterkünfte von Faschisten angegriffen. Genau wie die Regierenden den angegriffen Flüchtlingen die Schuld an ihrer Situation geben, gleicht sich die Rechtfertigung um den Rausschmiß des Infoladens. Wer so radikale Politik macht, wie der Infoladen soll sich nicht wundern, wenn ihm von mit sogenannten Volksempfinden ausgetatteten Deutschlandfans der Hosenboden versohlt und die Scheiben eingedeppert werden.

Bisher hat der Asta der Uni-Osnabrück nicht eine Äußerung, nicht eine Presseerklärung, geschweige denn eine Demonstration oder sonst irgendetwas gegen faschistische Übergriffe in Osnabrück (sei es gegen AusländerInnen oder die ALte Münze 12) unternommen. Dagegen schreibt er sich die Finger blutig, wenn es darum geht den Infoladen als durchgeknallten Extremistenhaufen darzustellen (Zitat aus einem Asta Flugblatt:"RCDS-Aktiv gegen Kommunisten und andere Faschisten").
Die Alte Münze 12 ist ein Haus der Uni-Osnabrück. Dort treffen sich die studentischen Gruppen. Der Asta der Uni (das ist soetwas wie eine SchülerInnenvertretung an der Schule). wird vom Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) gestellt, das ist die studentische Abteilung der CDU. Ihnen soll es vorbehalten sein den Infoladen aus den Räumen zu klagen. Dabei werden diese Leute von der Unileitung unterstützt, die den Rauswurf stillschweigend duldet, sich wahrscheinlich sogar klammheimlich darüber freut, daß der RCDS die Drecksarbeit übernimmt, während das liberale Uni-Image erhalten bleiben kann.

Zwar hat der Präsident der Uni Künzel, der in letzter Instanz Hausherr der Alten Münze ist, den NutzerInnen den vorläufigen Erhalt zugesichert, eine öffentlich-verbindliche Stellungnahme steht aber seit Wochen aus. Am 6. Januar lief der erste Gerichtstermin gegen einen Menschen, der vor Jahren Überlassungsverträge unterzeichnet hatte...

Die Linie, die von CDU und Unileitung politisch gezogen wird, steht im Einklang mit dem staatlichen Umgang gegen systemoppositionelle Kräfte. Allein im letzten Jahr wurden in der BRD 5 Infoläden durchsucht und die BetreiberInnen kriminalisiert.

Der politische Hintergrund ist klar, er tritt aber wegen langweiliger Mietrecht Prozesse in den Schatten. Dazu kommt ein politisches Klima in diesem Land, daß große Teile der Linken erstarren läßt, während die HERRschenden selbstbestimmte politische Strukturen fast kampflos abräumen können und ihre schmutzige Politik weltweit durchziehen.

FÜR EINEN FREIEN, PHANTASIEVOLLEN, KRÄFTIGEN UND RADIKALEN INFOLADEN. ZUSAMMEN KÖNNEN WIR NACH DEN STERNEN GREIFEN! NO PASARAN-SIE KOMMEN NICHT DURCH INFOLADEN/ANTIFA CAFE BLEIBT!!!

(Flugblatt aus Graz)

Hey, liebe Frauen

Vor - bald - einem Jahr hat eine Frauengruppe in Graz ein seit über 10 Jahren leerstehendes Haus (das alte Tierspital) besetzt. Wir wollten darin ein Autonomes Frauenzentrum errichten. Trotz langer und zäher ... Verhandlungen mit verschiedenen Politikern wurde das Haus ca. einen Monat später geräumt und abgerissen.

Vor ein paar Tagen flatterten nun drei Frauen Prozeßladungen ins Haus. Zusätzlich sind mindestens drei weitere Frauen vom Staatsanwalt als Zeuginnen geladen.

Die Anklagepunkte:

Sachbeschädigung und Entziehung von Energie (also Stromabzapfen)

Zur Sachbeschädigung:

1. angeblich haben wir 27 (!!) Hopok(oder auch anders geschrieben)-Tonnen (Metalltonnen zur Tierkörperverwertung; diese standen leer und verstaubt im Haus) durch Verwendung als Klo (es gab kein Wasser im Haus) unbrauchbar gemacht. Schadenersatzforderung: über öS 7.000,-

2. eine vom Abriß verschonte Wand blieb am Ende der Besetzung bemalt zurück - ca. öS 4.500,-

3. angeblich war die Tür vor unserer Ankunft mit einer Kette versperrt - öS 200,-

Durch Kriminalisierung einzelner politisch denkender und handelnder Frauen versuchen die HERRschenden, die Frauensolidarität zu unterwandern - Frauen abzuschrecken!! aber Frauensolidarität läßt sich nicht brechen!

Der Sinn des Ganzen, den ihr euch wahrscheinlich längst denkt:

Wir brauchen ganz, ganz dringend Unterstützung - oder konkreter: eure zum Beispiel wäre total toll!!!

Einerseits wäre es wichtig, wenn möglichst vieeeele Frauen zum Prozeß kamen (bitte möglichst vielen weitersagen) - andererseits - wie könnte es anders sein - ist das ein Schnorrbrief. Denn uns erwarten immer mehr Geldforderungen. Auch wenn die patriarchale Gerichtsbarkeit nicht schafft, die drei Frauen zur Zahlung der Gesamtsumme zu verurteilen, bleiben mindestens die Kosten für die Rechtsanwältin und die Verfahrenskosten.

Prozeßtermin: 5.2.1992, 10.15 Uhr Paulustorgasse 15, Saal I/102/1. Stock - Bezirksgericht für Strafsachen.

Konto-Nr.: 3317-488264 Steiermärkische Sparkasse
Bankleitzahl: 20815
Sparbuchbezeichnung: Abfurie

Wir rufen alle Frauen, die sich gerne in einem Frauenzentrum vergnügen würden auf, uns durch alle möglichen und unmöglichen Soli-Aktionen zu unterstützen.

Gemeinsam - Radikal - Antipatriarchal für ein AFZ in Graz

(Bericht einer Prozeßbeobachterin)

Prozeß in der Folge der Frauenhaus-Besetzung in Graz

Vorgeschichte oder: Wie die Vorgänge im Gerichtssaal die Probleme einer Besetzung wiedergeben.

Das Haus war cirka einen Monat lang besetzt. Es gehörte zum Tierspital. Sehr große Beteiligung von solidarischen Frauen, die immer wieder kommen.

Es gab kein Wasser und folglich auch keine Clos. Dafür standen dort aber cirka 50 "Hobbox"-Tonnen recht verlassen herum, die üblicherweise für die Entsorgung von Tollwut-infizierten Tieren verwendet werden. Einige waren mit Bauschutt gefüllt, was von Besetzerinnen als Einladung gewertet wurde, das Kanalisationsproblem einer entsprechenden Zwischenlösung zuzuführen. Kurz: Einige dieser Tonnen waren aufgrund feinsäuberlicher Mülltrennung mit Scheiße gefüllt.

Einige Frauen hatten bereits die Entsorgung angeleiert - wer hat schon gerne soviel Scheiße in seinem Haus? Doch da kam die Räumung dazwischen ... Es gibt Fotos, auf denen man sehen kann, wie die Tonnen bei der Räumung von Baggern "entsorgt" wurden auch in einem Beitrag vor "Steiermark Aktuell" ist das zu sehen.

Bei der Räumung wurden keine Personalien festgestellt, aber bei einer darauffolgenden Protestdemo "identifizierten" die Bullen vier Frauen als Besetzerinnen Als Zeuginnen wurden jene Frauen geladen, die ihre Namen bei Verhandlung mit der Stadt hergegeben hatten.

Resultat:

1. Sachbeschädigung durch Unbrauchbarmachung der "Hobbox"-Tonnen, weil diese von Frauenscheiße im Gegensatz zu tollwütigen Füchsen nicht gereinigt werden können ... (Motto: Die tollwütigen Füchse sind ungefährlich weil tot, Frauen, die scheißen leben noch?)

2. Energieentzug durch Legen einer Leitung und den Gebrauch von Elektrogeräten.

3. Sachbeschädigung an einer Mauer durch besprayen mit einer Parole. Welche?

Zwei der Angeklagten hatten beim U-Richter zugegeben, geschissen zu haben. Eine nicht. Die vierte wurde vom Jugendgericht vernommen, dem Richter war die ganze Sache aber offenbar zu blöd und er stellte das Verfahren gegen sie ein. Sie war nun auch Zeugin. Damit ging das Ganze an das Bezirksgericht Graz.

Die Verhandlung:

Es sind mindestens 50 bis 60 ZuschauerInnen da. Erst wird die "Presse" eingelassen - inkl. Stapos und sonstigen Obskuranten -, dann noch 12 Frauen. Der Rest soll draußen bleiben. Aufruhr. Die Türe schließt sich, die Verhandlung beginnt. Sprechchöre von draußen: "Wir wollen rein!", "Aufruhr, Widerstand, es gibt keinen ruhigen Gerichtssaalgang!"

Richter und auch Anwältin meinen, die Angeklagten sollen dafür sorgen, daß draußen Ruhe ist, weil das sonst für sie nicht gut ... usw. Die tun aber nichts dergleichen.

Richter droht dem Publikum mit dem üblichen: "Bei der geringsten ... hinauswerfen, Saal räumen" usw.

Die Anwältin nimmt Stellung zu den Vorwürfen und fragt, ob solche Anklagen ein geeignetes Mittel seien, um auf solche Aktionen zu reagieren. Die Anklage als solche könne nicht halten, weil die Behauptungen nicht überprüft seien, im Akt seien keine geeigneten Vorraussetzungen zu finden, da der Neuwert der Tonnen aus dem Jahre 1986 angenommen werde und es erhebt sich die Frage, ob etwas, das einem nachträglichen Abbruch zum Opfer gefallen sei und seit acht Jahren nicht benützt worden sei auch eine Sache sei, die beschädigt werden könne. Der Vermögensnachteil für den Kläger durch den Energieentzug sei dem Akt nicht zu entnehmen. Die Verwendung einer Glühbirne reicht dafür nicht aus. Und wenn das alles nicht klar sei, könne es auch keinen Schuldspruch geben. Hier säßen drei Angeklagte für viele Besetzerinnen. Kann man die als Täter im Sinne des Strafantrages werten? Dort gewesen zu sein reicht nicht für die Annahme der Tatbegehung. Wieso soll die Brauchbarkeit dadurch beeinträchtigt und eine Weiterverwendung ausgeschlossen sein? "Die sind ja dafür vorgesehen."

Richter: Für solche Dinge sicherlich nicht!

1. Angeklagte Bekenne mich nicht schuldig. Das Haus und diese Tonnen wurden von sehr vielen Frauen benützt. Auch Politikerinnen waren da - wie zum Beispiel Streibl, Windisch, Kamlander - und Journalistinnen ...

Zu weiteren Vorhaltungen des Richters verweist sie immer wieder auf das Protokoll [illegible] dem Jugendgericht z.B.: Ich habe selbst keinen Unrat hinterlassen, ich habe meine Abfälle im Großen und Ganzen jedesmal weggebracht. Sonst gebe ich keine Antwort, auch wenn im Protokoll nichts diesbezüglich angeführt ist ... und immer wieder: Was ich zu sagen habe, steht im Protokoll. Daraufhin meint der Richter, das sei wohl ein medizinisches Problem, "zum einen reden Sie und vom Rest wollen Sie nichts mehr wissen. Da muß man sich doch Fragen über den Geisteszustand stellen ..."

Auf die Fragen der Anwältin: Wieviele Frauen waren dort gleichzeitig? - mindestens 10 bis 20, manchmal auch mehr - Wechselnde Zahl? - Ja. Auch die Gesichter - Wieviele Tage? - Weiß nicht mehr, da müßte ich lügen - Wie waren die Metallbehälter verwahrt? - Die sind offen im Haus herumgestanden. Sie haben gebraucht ausgeschaut, wie Abfall - War das Haus nicht versperrt? Hat sich je wer von den Besitzern darum gekümmert? - Das ganze Monat hat sich niemand gekümmert.

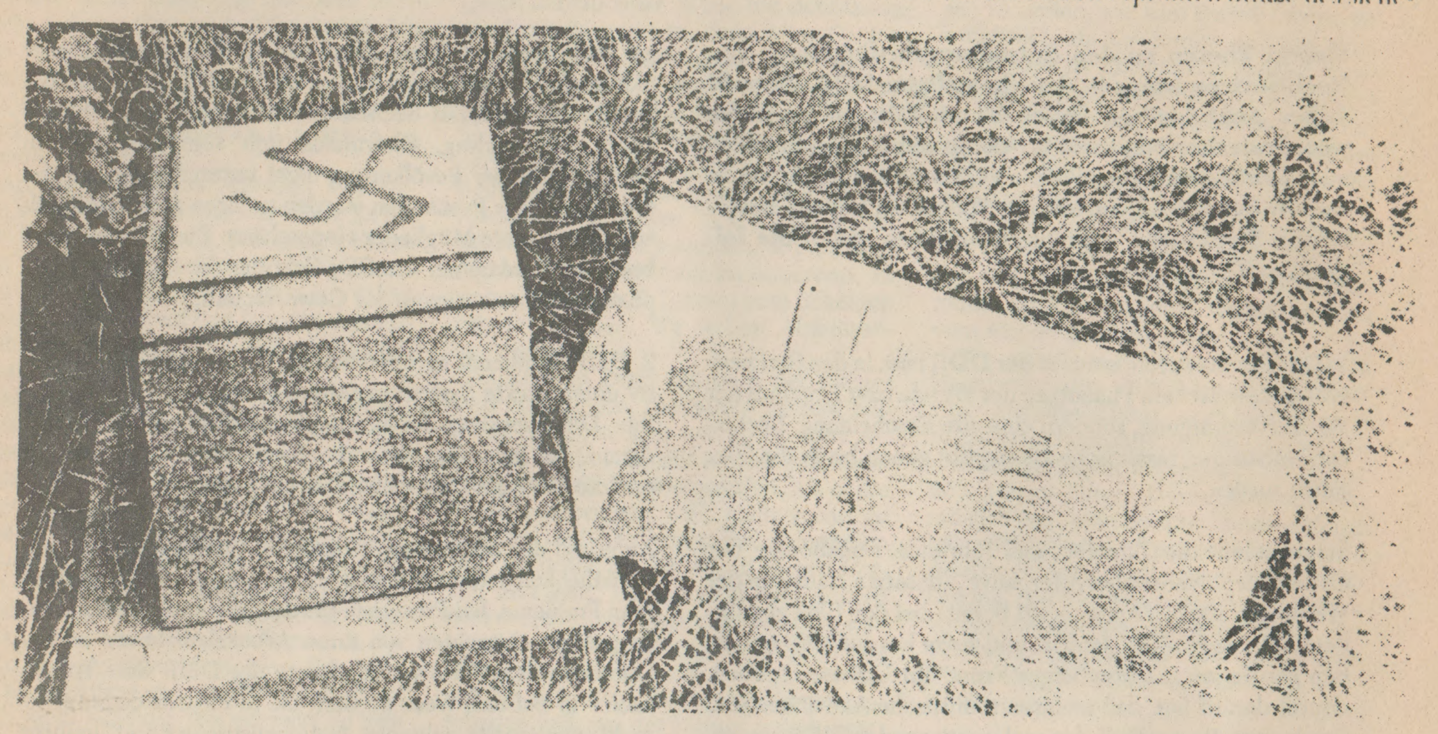
Sie beschließt ihre Einvernahme mit dem ersten Teil der Erklärung, die übrigens während der ganzen Verhandlung

3.Über rechtsextremistische Tendenzen war die DDR-Staatsführung von Anfang an im Bild. Das System der Schönfärberei und Weißwäscherei (B.Brecht) ließ eine öffentliche Diskussion und Aufarbeitung nicht zu.

Das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig untersuchte die Gesinnungslage der DDR-Jugend kontinuierlich und gründlich. Paßten die Ergebnisse nicht in das Bild, das die DDR von sich als entwickelter sozialistischer Gesellschaft zeichnen wollte, wurden sie zur Verschlußsache erklärt und nur den Führungsetagen von SED, FDJ und FDGB weitergeleitet. Mindestens seit 1987 bringt jede Studie „regressive Tendenzen in der politisch-ideologischen Bewußtseinsentwicklung der DDR-Jugend" ans Tageslicht. Das Geschichtsverständnis bzw. -wissen befindet sich auf einem erschreckenden Niveau. Nichtwissen über, Gleichgültigkeit und auch Bewunderung der NS-Zeit alarmierten die Jugendforscher – ohne Ergebnis. Die Art der antifaschistischen Erziehung, die sich offensichtlich als wirkungslos erwiesen hat, wurde nicht angetastet. Eine im Sommer 1990 vom Leipziger Institut zusammen mit dem Deutschen Jugendinstitut in München durchgeführte gesamtdeutsche Befragung bringt für Ost und West nahezu die gleichen Resultate. 11% der DDR-Schüler und 13% der BRD-Schüler sehen den Faschismus im Grunde als „gute Sache" an, „die nur schlecht ausgeführt" wurde. 16% der DDR-Schüler (BRD 7%) wollten wieder einen Führer haben, „der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regieren" werde. Jeder dritte DDR-Schüler und jeder sechste BRD-Schüler glaubt, daß die Deutschen „schon immer die größten der Geschichte" waren.

4. In der DDR war der Faschismus nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet, wie in der Verfassung selbstgefällig behauptet wurde. Wie auch in der BRD gab und gibt es in der DDR mannigfaltige Kontinuitätslinien vom Nationalsozialismus zum aktuellen System.

Es ist unbestritten, daß in der DDR die ökonomischen Grundlagen des Faschismus zerstört worden sind. Das Denken der Menschen wurde jedoch nicht erreicht. Schon die Entnazifizierung wurde zwar nicht in dem Ausmaß wie in der BRD, aber doch erschreckend halbherzig durchgeführt. Bereits 1947 wurden einfache NSDAP-Mitglieder pauschal entlastet, 1948 wurde das Ende der Entnazifizierung beschlossen. Im Mai 1948 wurde als Sammelbecken ehemaliger NSDAP'ler die „Nationaldemokratische Partei" (NDPD) gegründet, die unzweideutig in ihrem Parteiprogramm 1951 „Deutschland den Deutschen" und „Deutschland muß leben" forderte. Die NDPD war eine offiziell anerkannte, renommierte Blockpartei mit 52 Volkskammerabgeordneten. 1950 beschloß der 3. Parteitag der SED, daß die Wurzeln des Faschismus ausgerottet wären. 1964 wähnte sich Walter Ulbricht bereits auf der „historisch erprobten Straße des sicheren Siegers" und 1975 sieht Erich Honecker sich und das gesamte DDR-Volk „bei den Siegern der Geschichte".



Aufgrund der rein ökonomistischen Faschismus-Definition von Dimitroff galten Faschisten als Handlanger des Kapitals. Demzufolge mußte das deutsche Volk als betrogen, irregeführt, belogen und verführt dargestellt werden. Die Tatsache, daß schließlich 13 Millionen Deutsche einmal NSDAP gewählt hatten, paßte nicht ins Geschichtsbild der SED, die sich als „Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes" verstanden hat. Die Arbeiterschaft wurde per Definition zu Antifaschisten erklärt, KZ's galten ausschließlich den politischen Gegnern des Naziregimes, die systematische Vernichtung wurde als Warnung an den antifaschistischen Widerstand der Arbeiterklasse verstanden. Der Holocaust spielte in der DDR-Geschichtsschreibung nur eine untergeordnete Rolle, das Wort „Nationalsozialismus", d.h. die spezifisch deutsche Variante des Faschismus, kam in den DDR-Geschichtsbüchern nicht vor, die Auslieferung von Antifaschisten durch Stalin an Nazi-Deutschland blieb tabu.

5. Antisemitismus konnte in der DDR im Mantel der antizionistischen Staatsdoktrin gut überleben und sich reproduzieren. Eine Thematisierung des Antisemitismus oder der antisemitischen Tendenzen innerhalb der KPD sowie eine Einbettung des Holocaust in die Analyse des Nationalsoialismus hat es in der DDR so gut wie überhaupt nicht gegeben – öffentlich schon gar nicht.

1982 kritisierten die Jüdischen Gemeinden in der DDR massiv die antiisraelische und proarabische offizielle politische Linie der DDR und machte sie für antisemitische Tendenzen verantwortlich. Der Verband der Jüdischen Gemeinden kritisierte, daß die antisemitschen Vorfälle der letzten Jahre nicht dadurch ungeschehen gemacht würden, „daß man ihre Spuren möglichst schnell beseitigt beziehungsweise Verhandlungen gegen gefaßte Täter unter Ausschluß der Öffentlichkeit führt". Schon 1968 versetzte Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums des „Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes" in Wien, die DDR-Staatsführung in Unruhe. Er präsentierte der internationalen Presse eine Liste mit den Namen von 39 zum Teil hochrangigen Mitarbeitern der DDR-Medien (bis hin zum stellvertretenden Chefredakteur des „Neuen Deutschland"), die eine eindeutige nationalsozialistische Vergangenheit aufwiesen. Wiesenthal fühlte sich in der Berichterstattung der DDR-Medien über Israel an den „Völkischen Beobachter, den Stürmer, das Schwarze Korps und die Deutsche National- und Soldatenzeitung" erinnert. Er sprach von „personellen Kontinuitäten": „Sie tragen heute Orden der DDR, bekleiden in vielen Fällen die Stellung eines stellvertretenden Chefredakteurs, bilden in einigen Blättern eigene Nazi-Cliquen."

Die scharfe Kritik von Wiesenthal blieb ohne Folgen. 1973 spricht ein Kommentator der „Stimme der DDR" von der „Nazi-Luftwaffe Israels", 1982 titelt das ND „Israel betreibt die Endlösung der Palästina Frage" und im Mai 1991 „Heim ins Reich-Aktion' der äthiopischen Juden durch Israel abgeschlossen". Im Juni 1991 charakterisiert das ND den neuen US-Botschafter Strauß in Moskau als „konservativen Millionärsjuden".
Eine von der Universität Erlangen-Nürnberg Anfang 1991 durchgeführte repräsentative Umfrage zum Thema „Antisemitismus" in den neuen Ländern kommt zu dem Ergebnis, daß 15,3 % der DDR-Schüler glaubten, daß es Fehler gebe, „die den Juden im Blut" lägen. Jeder zehnte DDR-Bürger war sich sicher, daß man „Juden am Aussehen erkennen" könne und 11,6 % glaubten felsenfest, daß „Juden mehr mit Tricks arbeiten als andere". 25,5 % der Schüler und 15,9 % der Bevölkerung wollten „nicht so gern" etwas mit Israelis zu tun haben

6. Die Behandlung von AusländerInnen in der DDR unterschied sich kaum von der in der BRD. Die DDR-Regierung nahm Ausländerfeindlichkeit und rassistische Einstellungen in Kauf, um nicht selbst für Mißstände z.B. in der Konsumgüterversorgung verantwortlich gemacht zu werden.

Von den 191.000 Ausländern in der DDR (1,2% der Wohnbevölkerung) kamen 90.000 per Regierungsabkommen aus Mosambik, Kuba, Angola etc. in die DDR. Diese ausländischen ArbeiterInnen waren strikt gettoisiert, erhielten die schlechterenArbeitsplätze, die untersten Lohngruppen. Sie waren rechtlos am Arbeitsplatz, politische Betätigung war ihnen verboten. Schwangere mußten entweder abtreiben oder wurden in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Nur 15,1 % der DDR-Bevölkerung fanden die Behauptung, Ausländer verfügten über mehr Westgeld als andere, als nicht zutreffend. Die DDR-Regierung hielt es nicht für nötig, die eigene Bevölkerung über die Abkommen und die Lebenssituation der AusländerInnen in der DDR aufzuklären. So wurde



keiner der ausländischen ArbeiterInnen in Devisen bezahlt, niemand wußte, daß in den Regierungsabkommen vereinbart war, daß die ArbeiterInnen nach ihrem Aufenthalt in der DDR ein bestimmtes Kontingent an Konsumgütern wie z.B. Fahrräder, Nähmaschinen oder Mopeds mitnehmen durften. 1980/1981 versuchte die DDR-Staatsführung die eigene Bevölkerung über das Schüren traditioneller antipolnischer Ressentiments gegen Solidarnosc zu immunisieren. Polenhaß wurde genutzt und reproduziert.

7. Die gängigen Erklärungsansätze für rechtsextremistische Tendenzen in Ost und West leugnen die Gemeinsamkeiten in Ost und West und die Kontinuitätslinien zur deutschen Vergangenheit, zur „Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus. Letztendlich entlasten diese Theorien die Täter.

In den Medien und der öffentlichen Diskussion erfreuen sich sog. Defizittheorien großer Beliebtheit (Heitmeyer, Leggewie u.a.). Obwohl empirisch widerlegt, werden Arbeitslosigkeit, aufgebrochene soziale Milieus, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, Langeweile und unzureichende Freizeitangebote für die Anfälligkeit gegenüber rechtsextremistischen Ideologien verantwortlich gemacht. Den Tätern werden Verletzungen attestiert, die Opfer interessieren in diesen Theorien nicht mehr. Es wird so getan, als würden diese zufällig ausgewählt, um Rassismus als konstituierendes Moment dieser Gesellschaft zu leugnen. Es wird unterstellt, aus erlebten Frustrationen entstünden automatisch Aggressionen. Dabei wird jedoch unterschlagen, daß die Sozialpsychologie immer davon ausgeht, daß es dazu sog. Hinweisreize bedarf, die signalisieren, daß aggressives Verhalten toleriert oder gar erwünscht wird. So kann in der Diskussion die regierungs-

offizielle Ausländer- und Flüchtlingshetze bei der Erklärung der rassistischen Übergriffe außen vor bleiben.
Entlastende Funktion hat auch der Fingerzeig gen Osten, als ob nicht rechtsextremistische Gruppen im Westen in weit höherem Maße ihr Unwesen treiben würden (siehe Statistiken der Übergriffe von 1991, eindeutiger Schwerpunkt ist dabei Nordrhein-Westfalen). Niemand, der öffentlichkeitswirksam vom „hausgemachten Neofaschismus" im Osten redet, hat jemals einen Gedanken an einen hausgemachten Neofaschismus im Westen verschwendet. Neue Totalitarismustheorien in Gestalt der Jugendgewalt als neues soziales Phänomen unterschlagen wider besseren Wissens Ursache und Wirkung. Skins, Redskins, Autonome, Hooligans, deutsche und türkische Jugendgangs und Faschos werden in einen Topf geworfen, der politische Hintergrund bleibt außen vor, Gewalttaten und Übergriffe werden als ausschließlich spontan und ungeplant dargestellt. Individualpsychologische Erklärungsansätze, wonach es eine „natürliche" Angst vor Fremden bzw. „normale Streßreaktionen" angesichts einer „hohen" Zahl von Flüchtlingen gäbe, sollen die eigentlichen Ursachen nur verschleiern.

All diese „Theorien" sind zu kurz gedacht, um Gemeinsamkeiten zu leugnen und die deutsche Vergangenheit, aus deren Schatten man so gerne heraustreten will und dazu in der zweiten „Stunde Null" der deutschen Geschichte d i e Chance schlechthin wittert, außen vor zu lassen. Doch der rechtsradikale Jugendliche ist nichts weiter als die Verlängerung der Sehnsüchte des Kleinbürgers ins Reich der Realität – und der Kleinbürger Marke DDR hatte mit dem Kleinbürger Marke BRD mehr gemeinsam, als jedem von ihnen lieb war. Das hat nicht nur mit der deutschen Geschichte zu tun. Vergangenheitslosigkeit im Westen, staatlich verordneter ritualisierter Antifaschismus im Osten. Auf der einen Seite die wirtschaftlichen, auf der anderen die moralischen Sieger der Geschichte: jeder glaubte, ohne eigenes Zutun auf der richtigen Seite zu stehen. Hier wie dort Antisemitismus, zum einen eingebunden in den Antizionismus, zum anderen Antisemitismus wegen Auschwitz, weil die überlebenden Juden als ständige Erinnerung deutscher Vernichtungswut die Illusion zerstören, es sei ja alles nicht so schlimm gewesen, und damit den so sehnlichst gewünschten Schlußstrich unter die Vergangenheit behindern. Hier wie dort rassistische Ausgrenzungspraxen, hier wie dort kaum Unterschiede in der Behandlung von ausländischen Arbeitskräften und Flüchtlingen. Jeder glaubte von sich, der bessere Deutsche gegenüber den „Fremden" zu sein und wurde in seinem Glauben durch die offizielle Politik bestärkt. Durch die Wiedervereinigung haben sich auch die rassistischen Tendenzen, verstärkt durch Träume von neuer deutscher Stärke und Dominanz, wiedervereinigt.

Bernd Siegler

Versuchter Angriff auf die BRANDSTÖMSTRAßE

Antifas, die Anfang der Woche die BesetzerInnen in der BRANDSTRÖMSTRAßE besuchen wollten, wurden Opfer eines faschistischen Überfalls.
Drei Antifas, die bereits vor dem Haus standen sahen 30 vermummte und mit Baseballschlägern bewaffnete auf sich zukommen. Sie konnten nicht erkennen, ob es sich um rechte oder linke handelte... Erst als sie vor ihnen standen und versuchten zuzuschlagen, war klar, daß es keine Antifas waren. Die drei konnten glücklicherweise noch fliehen, ein vierter, der noch das Auto einpackte wurde mehrfach in den Magen geschlagen. Außerdem zerschlugen die Faschos die Frontscheibe des Autos. Die Bullen, die die Zusammenrottung der Faschos schon länger beobachteten, wurden erst aktiv, als alles vorbei war. Ihr "neues Sicherheitskonzept" (Waffendurchsuchung von Rechtsradikalen, auch ohne konkreten Anlaß; siehe vorige Ausgabe) scheinen sie selber nicht ganz ernst zu nehmen.
Nach dem Angriff wurden 22 der Faschos verhaftet und nach kurzer Zeit wieder frei gelassen. Nur der Typ, der sich am Auto vergangen hatte wurde mit auf die Wache genommen.

Wir wissen, daß ihr in Jena einen schweren Stand habt, hoffen aber, daß ihr euch nicht klein kriegen laßt.

25

KIEZ ZEITUNG

12.2.92

BZ

Nr.: 9 NACHRICHTEN AUS DEM GLÜCKLICHEN KREUZBERG 8.2.1992

Neue Ideen für den Spreegürtel!

Wer und was wird zukünftig am Kreuzberger Ufer der Spree siedeln ? Eine Frage, die bereits seit geraumer Zeit zahlreiche Bezirksgremien, Investoren und StadtverplanerInnen beschäftigt. Zur Klärung was mit dem Spreegürtel geschehen soll hat nun auch der Verein "Glückliches Kreuzberg e.V." (Glück) einen Wettbewerb zur Umgestaltung des Gebietes ausgeschrieben, dessen Ergebnisse im Frühsommer vorliegen sollen.

Worum geht es ? Der Spreegürtel, von Jannowitzbrücke im Bezirk Mitte bis zur Oberbaumbrücke in Kreuzberg, ist mit der Auflösung des Antifaschistischen Schutzwalls durch seine Citylage ein begehrtes Objekt für Kapitalanlage und deren Vermehrung geworden. Und die Vorraussetzungen, das Gebiet im großen Stil um- und neu zu gestalten scheinen günstig : Zum Einen befinden sich dort sanierungsbedürftige und teilweise leerstehende oder als Lagerhallen genutzte Gewerbebauten, sowie unbebaute Freiflächen. Zum Anderen wenige Kleinbetriebe, Baustoffhandel und Speditionen, die aber spätestens durch nicht zu verlängernde Mietverträge oder kräftige Mietsteigerungen von dem Gelände zu vertreiben sind.

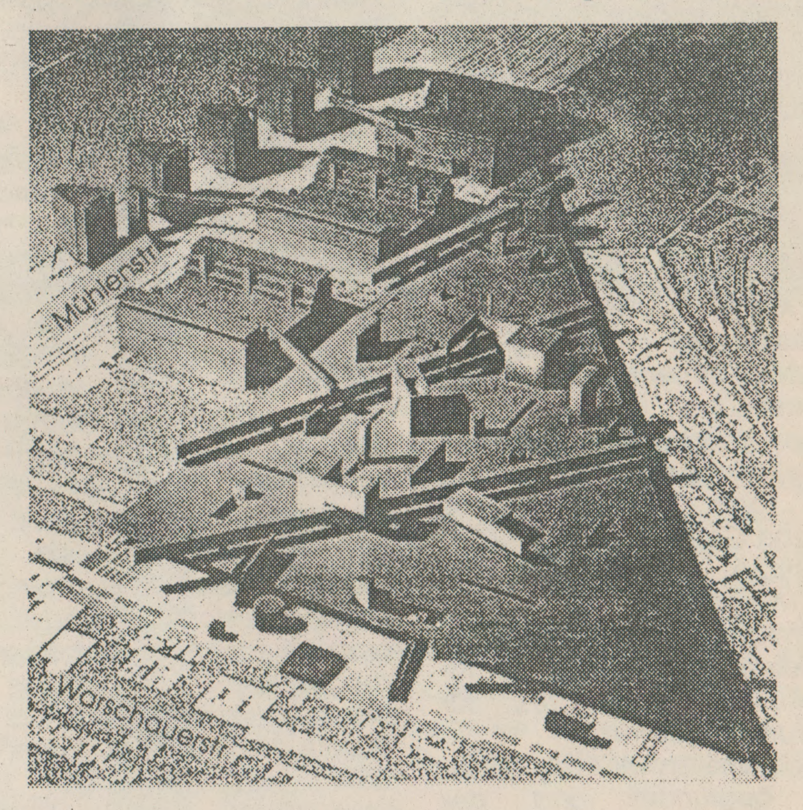
Eine erste Vorstellung von dem, wie es zukünftig aussehen könnte, gab uns der inzwischen von der Baumafia gemeuchelte Hanno Klein. Dieser kungelte mit einem kanadischen Konsortium, das den gesamten Spreegürtel in einen bombastischen Dienstleistungsstreifen a ´la Docklands verwandeln wollte. Ob es den Kanadiern dabei aber lediglich darum ging, aus spekulativen Gründen an die Spreegrundstücke ´ranzukommen oder ob sie mit ihren ernsthaften Vorstellungen schließlich vor den Eigentumsverhältnissen kapitulierten, bleibt unklar. Diese Pläne sind jedenfalls auch gestorben.

Vor allem im Bezirk Mitte scheinen die Besitzverhältnisse für Investoren etwas anstrengend zu sein. Fast 75% gehören angeblich uneinigen Privateigentümern, der Rest wird von der Treuhand verwaltet. Und die ist, unabhängig von irgendwelchen Gesamtkonzeptionen, munter dabei, das letzte Drittel stückchenweise zu verkaufen. Auf Kreuzberger Seite dagegen gehören sowohl dem Bund, als auch dem Land Berlin jeweils ein Drittel und der Rest Privateigentümern.

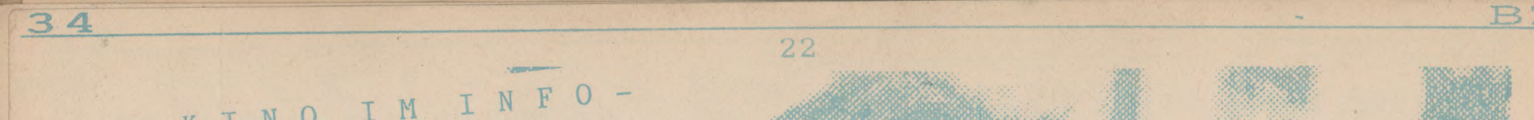
Inzwischen liegen zwei neue Vorschläge auf dem Tisch.

Zum Einen stellte die A.L.E.X.-Bau (ehemaliger VEB Reparaturbetrieb Mitte, jetzt eine 100%ige Tochterfirma des Baukonzerns Hochtief) ein Modell für das Gebiet zwischen Schilling- und Michaelkirchbrücke vor. Eine moderne Blockbebauung in Traufhöhe, also viel rund, viel Glas und (relativ) viel Grün. Ein Spreewanderweg samt Stichkanäle von der Spree ins Blockinnere. Die Bebauung selbst sieht zwei Drittel gewerbliche Nutzung (Dienstleistung, Büros und produzierendes Gewerbe) und ein Drittel für Wohnungen vor. Wie hoch die Mieten sein werden, liegt im Nebel.

Allein der Quadratmeterpreis für Grund und Boden stieg in den letzten fünf Jahren von 400 (im alten Westteil) auf 1500-2000 DM im wiedervereinigten Spreegürtel, Tendenz weiter steigend. Lediglich die planungsrechtliche Ausweisung als Industriegebiet



Spreegürtel-Utopien ; hier für Mitte und Friedrichshain



KINO IM INFO-LADEN "DANEBEN"

Es gibt eine Menge guter älterer Antifa-Filme, also hängen wir an die erste Antifa-Filmwoche noch eine dran:

17.3. 21 Uhr **Trümmerfrauen**

Eine Dokumentation über die Frauen die die ersten Aufbauarbeiten geleistet haben nach dem 2. Weltkrieg

Tod in Göttingen

In der Nacht vom 31.12.90 zum 1.1.91 wird Alex von mehreren Faschos umgebracht. Der Film ist eine Dokumentation dazu.

19.3. 21 Uhr **Die braunen Horden dürfen nie wieder maschieren**

Ein Film über die alljährliche Feier der rechten Szene in Wunsiedel zum Todestag von Rodolf Hess und dem Widerstand dagegen

Coburg Convent

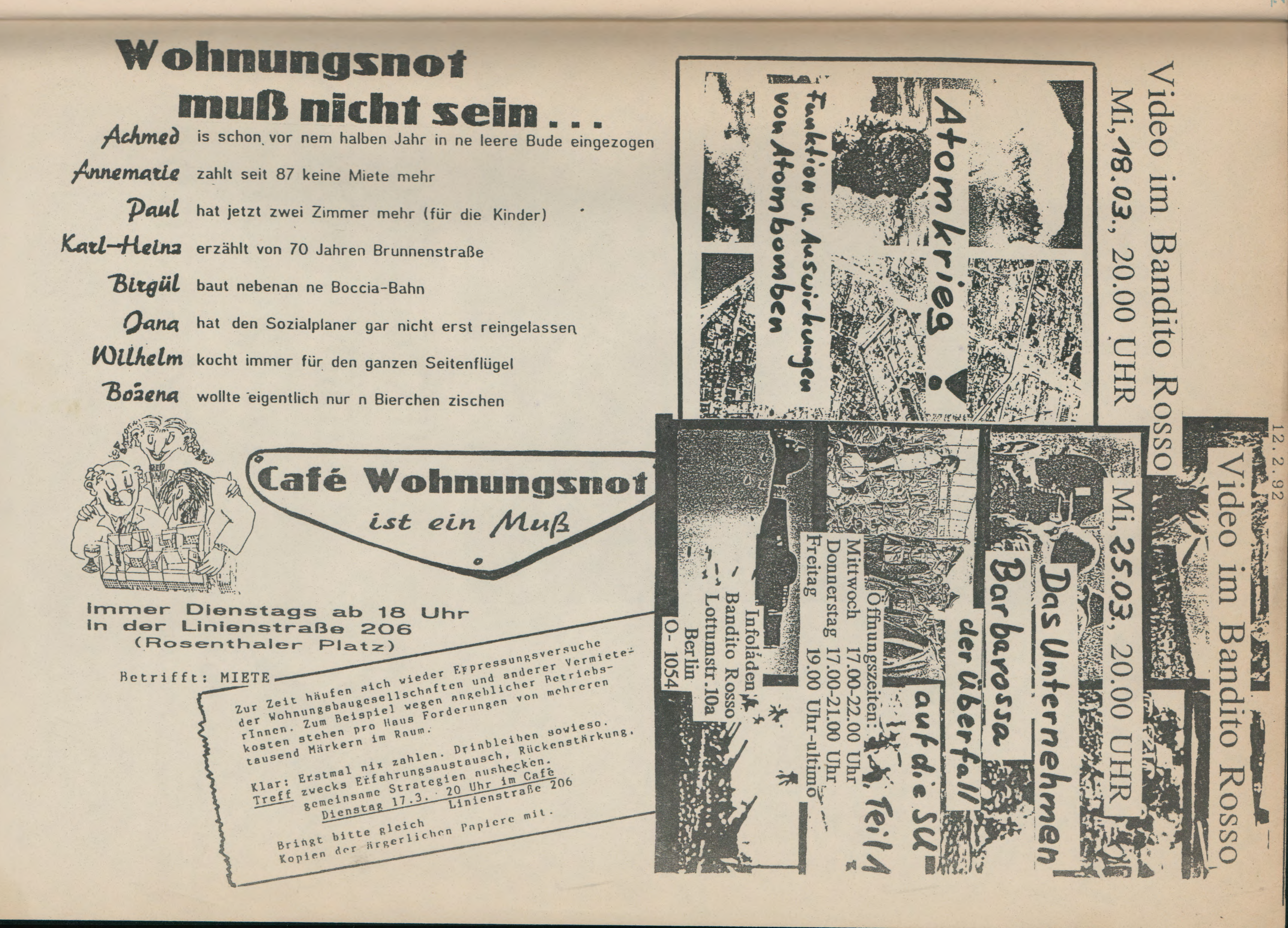
Über die jählichen Burschenschaftstreffen in Coburg

21.3. 21 Uhr **Platt machen in Berlin**

Über die Weitlingstr. in Berlin

Wotans Erben

Enstehung der Wiking Jugend, einer Neo - faschistischen Jugendorganisation


Wohnungsnot muß nicht sein...
Achmed is schon vor nem halben Jahr in ne leere Bude eingezogen
Annemarie zahlt seit 87 keine Miete mehr
Paul hat jetzt zwei Zimmer mehr (für die Kinder)
Karl-Heinz erzählt von 70 Jahren Brunnenstraße
Birgül baut nebenan ne Boccia-Bahn
Jana hat den Sozialplaner gar nicht erst reingelassen
Wilhelm kocht immer für den ganzen Seitenflügel
Božena wollte eigentlich nur n Bierchen zischen
Café Wohnungsnot
ist ein Muß
Immer Dienstags ab 18 Uhr
in der Linienstraße 206
(Rosenthaler Platz)
Betrifft: MIETE
Zur Zeit häufen sich wieder Erpressungsversuche der Wohnungsbaugesellschaften und anderer VermieterInnen. Zum Beispiel wegen angeblicher Betriebskosten stehen pro Haus Forderungen von mehreren tausend Märkern im Raum.
Klar: Erstmal nix zahlen. Drinbleiben sowieso.
Treff zwecks Erfahrungsaustausch, Rückenstärkung, gemeinsame Strategien aushecken.
Dienstag 17.3. 20 Uhr im Café Linienstraße 206
Bringt bitte gleich Kopien der ärgerlichen Papiere mit.
Video im Bandito Rosso
Mi, 18.03., 20.00 UHR
Atomkrieg!
Funktion u. Auswirkungen von Atombomben
12.2.92
Video im Bandito Rosso
Mi, 25.03., 20.00 UHR
Das Unternehmen Barbarossa
der Überfall auf die SU
Teil 1
Öffnungszeiten:
Mittwoch 17.00-22.00 Uhr
Donnerstag 17.00-21.00 Uhr
Freitag 19.00 Uhr-ultimo
Infoläden
Bandito Rosso
Lottumstr.10a
Berlin
O- 1054

FASCHO-WORCH "ORGANISIERT"-

WIR VERHINDERN !

LEIPZIGER

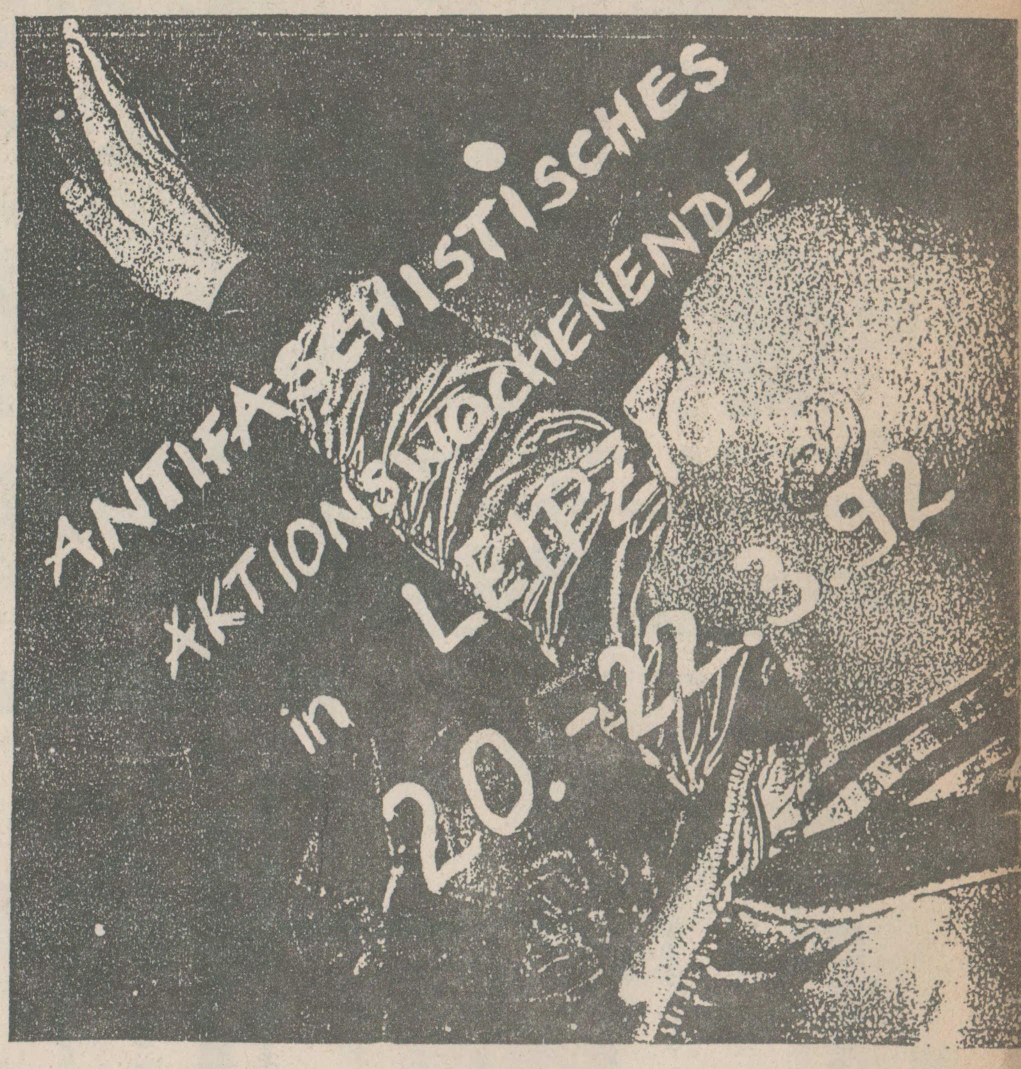
UND

HALLENSER

ANTIFA'S

RUFEN

AUF





PASSAU-NACHBEREITUNG
+
LEIPZIG-VORBEREITUNG

Montag 16.3.92 20⁰⁰

KB-LIEBIG Versammlungsraum

Friedrichshain, Liebigstr. 34

INFOTELEFON
JEDEN MONTAG
17-20 UHR
LEIPZIG 311044

KAMPF DEN RATTENFÄNGERN AM 21.3.92 IN LEIPZIG